

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Innenausschuss
Ausschuss für Umwelt, Energie und Ernährung
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr

8. Sitzung am 27.10.2016
3. Sitzung am 27.10.2016
9. Sitzung am 27.10.2016
– **Gemeinsame öffentliche
Sitzung** –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 09:00 Uhr

Ende der Sitzung: 11:35 Uhr

Tagesordnung:

Vor Eintritt

Schwerer Unfall bei der BASF in Ludwigshafen am 17. Oktober 2016

Antrag der Abgeordneten Dr. Denis Alt, Alexander Fuhr, Jens Guth, Michael Hüttner, Hans Jürgen Noss, Benedikt Oster, Andreas Rahm, Ingeborg Sahler-Fesel, Daniel Schäffner, Heiko Sippel, Heike Scharfenberger, Wolfgang Schwarz, Nico Steinbach, Thorsten Weher (SPD), Monika Becker, Marco Weber, Steven Wink (FDP), Jutta Blatzheim-Roegler, Andreas Hartenfels, Pia Schellhammer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gemäß § 76 Abs. 2 i.V.m. § 77 Abs. 1 Satz 4 der Vorl. GOLT

– Vorlage 17/463 –

Ergebnis:

(S. 2)

Erledigt
(S. 2 –37)

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Vors. Abg. Hüttner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie ganz herzlich zur 8. Sitzung des Innenausschusses, zur 3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung und zur 9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr begrüßen.

Vor Eintritt:

Herr Vors. Abg. Hüttner: Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir gedenken in Stille den bei dem Unglück in Ludwigshafen in Ausübung ihres Berufes tödlich verletzten Menschen, die so plötzlich aus ihrem Leben gerissen wurden.

Wir wollen eine kurze Zeitspanne innehalten und uns auch daran erinnern, wie endlich und vergänglich unser Leben ist. Wir denken auch in tiefen Mitgefühl an die Hinterbliebenen. –

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Wir kommen dann zum Ablauf der Sitzung. Ich darf die formale Frage stellen, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, auf der wir nur einen einzigen Tagesordnungspunkt haben. – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung so festgestellt.

Da wir im Plenarsaal tagen, darf ich Ihnen organisatorisch den Hinweis geben, dass Sie dann, wenn Sie sich zu Wort melden, bitte den Wortmeldungsknopf drücken, damit die Technik das Mikrofon freischalten kann und alle Aufzeichnungen entsprechend funktionieren.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Schwerer Unfall bei der BASF in Ludwigshafen am 17. Oktober 2016

Antrag der Abgeordneten Dr. Denis Alt, Alexander Fuhr, Jens Guth, Michael Hüttner, Hans Jürgen Noss, Benedikt Oster, Andreas Rahm, Ingeborg Sahler-Fesel, Daniel Schäffner, Heiko Sippel, Heike Scharfenberger, Wolfgang Schwarz, Nico Steinbach, Thorsten Wehner (SPD), Monika Becker, Marco Weber, Steven Wink (FDP), Jutta Blatzheim-Roegler, Andreas Hartenfels, Pia Schellhammer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gemäß § 76 Abs. 2 i.V.m. § 77 Abs. 1 Satz 3 der Vorl. GOLT
– Vorlage 17/463 –

Herr Vors. Abg. Hüttner: Sie sehen, dass Vertreter der BASF auf der Regierungsseite Platz genommen haben. Es sind namentlich Herr Dr. Liebelt, Frau Dr. von dem Bussche, Herr Haselhorst, Herr Dr. Kayser und Herr Dr. Böhme. Es ist analog einer Anhörung zu sehen, sodass wir zunächst einen formalen Beschluss benötigen, dass die Anwesenden der BASF auch angehört werden können. Ich denke, dem steht nichts entgegen, trotzdem bitte ich um Ihr positives Signal, dass Sie der Anhörung der BASF so zustimmen.

Die Ausschüsse beschließen einstimmig eine Anhörung von Vertreterinnen und Vertretern der BASF SE Ludwigshafen.

Ich danke Ihnen.

Ich habe davon gesprochen, dass der Antrag von den Regierungsfractionen gestellt worden ist, und darf fragen, ob das Wort zur Antragsbegründung gewünscht wird. – Herr Kollege Guth, Sie haben das Wort.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Abg. Guth: Herr Vorsitzender, Herr Minister Lewentz, Frau Ministerin Höfken, Frau Staatssekretärin Schmitt, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen! Ich darf zunächst begründen, warum wir diese Sondersitzung des Innenausschusses gemeinsam mit dem Umwelt- und Wirtschaftsausschuss für richtig und wichtig halten und deshalb beantragt haben.

Ich möchte zunächst unsere Betroffenheit und unser Mitgefühl mit den Angehörigen der drei Toten und den 30 Verletzten zum Ausdruck bringen. Ich denke, das gilt auch im Namen aller Anwesenden hier im Saal. Ich glaube, dass wir das mit der Gedenkminute auch zum Ausdruck gebracht haben.

Wenn aber ein Unglück – ich benutze ganz bewusst den Begriff Unglück und nicht Schadensereignis oder Störfall – in diesem Ausmaß passiert, ist es auch Aufgabe des Landtags Rheinland-Pfalz, dem im Rahmen seiner Möglichkeiten nachzugehen, Fragen zu stellen und das aufzuarbeiten zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der betroffenen Bevölkerung zu den Auswirkungen auf die Umwelt, Luft, Wasser, Boden und zu möglichen wirtschaftlichen Folgen und Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz, natürlich mit dem Ziel, dass so etwas nicht mehr passiert.

Wir begrüßen es deshalb sehr, dass die BASF von sich aus auf den Landtag zugegangen ist und bereit war, heute darüber zu berichten und sich Fragen zu stellen. Das stärkt das Vertrauen. Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, wir sind stolz auf das Unternehmen BASF in Rheinland-Pfalz. Das soll auch so bleiben.

Deshalb bitten wir erstens die Landesregierung um Berichterstattung über die Kenntnisse über das Unglück und zweitens noch einmal formal – das haben wir eben beschlossen – auch die BASF um Berichterstattung und danken für die Bereitschaft, Fragen zu beantworten.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Guth. Zur weiteren Antragsbegründung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Herr Abg. Dr. Braun: Ich kann mich den Worten meines Kollegen nur anschließen. Die Trauer tragen wir natürlich genauso in uns. Als Ludwigshafener weiß ich, dass es immer wieder zu Unglücken kommen kann. Deshalb ist es so wichtig, dass wir heute auch in der Politik mit Unterstützung der Firma BASF hier Aufklärung betreiben. Ich möchte auch noch einmal begrüßen, dass die BASF bereit ist, heute Stellung zu nehmen, weil sie natürlich am besten erklären kann, wie die Vorgänge waren. Natürlich wird auch die Landesregierung ihren Teil dazu beitragen.

Ich möchte darauf verweisen, wir haben das in Ludwigshafen in unserem Stadtrat und im Umweltausschuss immer sogar handhabt, dass dann, wenn Schadensereignisse waren, die BASF direkt berichtet hat. Ich glaube, das ist auch eine sinnvolle Sache.

Wir wollen Schaden abwenden. Wir wollen eine Produktion in Deutschland in der Chemischen Industrie haben, die weiterhin funktioniert. Deswegen ist es auch eine politische Frage, wie produziert wird, dass sicher und nachhaltig produziert wird. Deswegen ist es so wichtig, dass wir heute auch im Landtag darüber reden.

Wir haben viel aus der Presse erfahren, viel erfahren an Spekulationen. Umso wichtiger ist es, dass wir die Spekulationen auf die Tatsachen zurückführen und uns heute den Tatsachen und dann auch den Verbesserungen widmen können, die aus den Erkenntnissen folgen, die gewonnen wurden. Die Verbesserungen sind natürlich notwendig, auch die entsprechenden Maßnahmen.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Dr. Braun. Es ist üblich, dass die Antragsteller die Möglichkeit haben, den Antrag zu begründen. Wir haben heute aber eine besondere Situation. Deswegen gestatte ich auch für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Baldauf und für die AfD-Fraktion Herrn Abgeordneten Junge eingangs das Wort. – Herr Baldauf.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Abg. Baldauf: Herzlichen Dank. – Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Unglück, das sich am 17.10.2016 bei der BASF in Ludwigshafen ereignet hat, hat nicht nur viele Menschen in und um Ludwigshafen herum sehr betroffen gemacht. Drei Menschen starben, 30 Menschen wurden verletzt, acht von ihnen schwer. Auch wenn es bei der komplexen chemischen Produktion keine absolute Sicherheit geben kann, bedarf es jetzt – da sind wir uns einig – einer lückenlosen Aufklärung und der Ergreifung geeigneter Maßnahmen, damit sich ein solch tragischer Unfall möglichst nicht wiederholt. Hier muss das Prinzip Gründlichkeit vor Schnelligkeit gelten.

Wir müssen besonders die Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner sehr ernst nehmen. Viele von ihnen sind infolge des Unfalls in große Unruhe versetzt worden und nun in großer Sorge, dass sich ein solcher Vorfall wiederholt. Gerade die in unmittelbarer Nachbarschaft zur BASF lebenden Menschen müssen darauf vertrauen können, dass die BASF nun alles tut, um vor Ort Vertrauen wieder zu festigen. Dafür ist eine transparente Information der Öffentlichkeit unerlässlich.

Den Opfern und ihren Angehörigen sind wir es schuldig, dass alles unternommen wird, um dieses schlimme Ereignis aufzuklären. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es besonders, dass dem Unternehmen BASF auf unsere Initiative hin in der heutigen Sondersitzung des Wirtschafts-, Innen- und Umweltausschusses des rheinland-pfälzischen Landtags die Möglichkeit eingeräumt wird, die Öffentlichkeit zu informieren.

Wir danken dafür, dass wir uns vor Ort mit der Hausspitze unterhalten und informieren konnten. Wir danken auch für die jeweils aktuelle und komplette Information.

Dabei interessiert uns heute neben weiteren Fragen, die sicherlich im Laufe des Sitzungsverlaufs zu stellen sind, besonders die Frage, inwieweit es neue Erkenntnisse über die genaue Ursache für die Explosion gibt, auch im Hinblick auf die heutige mediale Berichterstattung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor über 150 Jahren wurde die BASF am Standort Ludwigshafen mit einer Vision gegründet und hat sich zum größten Chemiekonzern weltweit entwickelt. Mit über 36.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Standort Ludwigshafen ist die BASF ein besonderes, wenn nicht gar der wichtigste Arbeitgeber und Wirtschaftsmotor in unserem Land.

Die gesamte Chemische Industrie gehört seit Jahrzehnten zu den Schlüsselbranchen des Industriestandorts Rheinland-Pfalz. Trotz zunehmender Internationalisierung der Märkte hat die BASF Standorttreue bewiesen, worauf wir stolz sind, und in der Pfalz investiert. Davon profitiert das ganze Land. Somit sind die Interessen der BASF, den Standort Ludwigshafen weiterzuentwickeln und ihn dabei natürlich auch sicherer zu machen, in weiten Teilen auch Interesse des Landes und der Bürgerinnen und Bürger der Region.

Was es nun braucht, ist eine sachliche und gründliche Aufklärung der Vorfälle. Dabei sollten wir die BASF, soweit es möglich ist, unterstützen und uns mit dem Unternehmen und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zum größten Teil aus Ludwigshafen und der Umgebung kommen, solidarisch zeigen.

Ängste und Befürchtungen der Anwohner und der Bevölkerung sind ernst zu nehmen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber, dass diese vonseiten des Unternehmens ausgeräumt werden.

Lassen Sie mich am Schluss vor allem noch bei allen Einsatzkräften bedanken, bei den Feuerwehren, auch denen aus Ludwigshafen, Frankenthal, Worms und Umgebung, bei den Werksangehörigen, bei der Staatsanwaltschaft, die die Unfallursache aufklärt, und bei allen Helferinnen und Helfern, die mit ihrem Einsatz dazu beitragen, die Folgen des Unfalls für alle Betroffenen zumindest etwas abzumildern.

Danke.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Junge, Sie haben nun das Wort.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Abg. Junge: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihren Hinweis verstanden, Herr Vorsitzender, mich kurz zu halten. Ich werde das auch tun.

Gestatten Sie mir dennoch zu Anfang, dass ich im Namen der AfD-Landtagsfraktion unser tiefes Bedauern über den tragischen Unfall, wegen dem wir heute zusammengekommen sind, zum Ausdruck bringe. Drei Menschen haben ihr Leben verloren, viele sind verletzt worden. Wir sind in Gedanken bei den Angehörigen der Opfer und hoffen für die Verletzten auf baldige Genesung.

Wir sprechen insbesondere den Rettungskräften unseren Dank und unsere Anerkennung für ihren selbstlosen Einsatz am Unfallort aus.

Der Landtag und die hier versammelten Ausschüsse können derzeit nicht direkt zur Aufklärung des Sachverhalts beitragen. Erst nach vollumfänglicher Aufklärung des gesamten und genauen Sachverhalts durch die zuständigen Ermittlungsbehörden wird der Landtag diese Ergebnisse seriös bewerten können. Deshalb verbietet es sich auch, in irgendeiner Art zu spekulieren oder vorschnelle Urteile abzugeben. In dieser Sitzung kommt es uns vor allem darauf an, Informationen aus erster Hand von der BASF zu bekommen, Fragen zu stellen, deren Beantwortung möglicherweise zur Klärung des Sachverhalts beitragen kann.

Ich bedanke mich insbesondere bei der BASF, dass sie heute bereit ist, sich unseren Fragen zu stellen.

Danke schön.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Wir fahren dann dergestalt fort, dass zunächst die Landesregierung die Möglichkeit hat zu berichten. Mir ist mitgegeben worden, dass zunächst Herr Staatsminister Lewentz und anschließend Frau Höfken für die Landesregierung berichten werden, in der weiteren Folge dann Herr Dr. Liebelt für die BASF, der eine Powerpoint-Präsentation vorgesehen hat.

Herr Staatsminister Lewentz, Sie haben das Wort.

Herr Staatsminister Lewentz: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie auch mir, zunächst als zuständiger Minister für die Feuerwehren, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz und natürlich als Mitglied der Landesregierung, aber auch als Mitbürger den Angehörigen und Freunden der drei getöteten Personen und der Verletzten mein tief empfundenes Mitgefühl auszusprechen. Ich hoffe sehr, dass es so schnell wie möglich den Verletzten so gut wie möglich geht und sie schnell genesen und gesunden. Aber wir sprechen hier auch über Schwerverletzte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Explosionsunglück bei der BASF zeigte wieder sehr eindringlich, wie gefährlich der Dienst für die Einsatzkräfte, insbesondere eben auch der Feuerwehren und bei der Polizei sein kann.

Trotz einer gut vernetzten Einsatzorganisation, trotz einer guten Ausrüstung, trotz einer gründlichen Ausbildung und trotz der sich im Laufe der Dienstzeit einstellenden Einsatzerfahrung bleibt leider immer ein Restrisiko für die Einsatzkräfte bestehen. Das haben wir etwa beim Silobrand in Worms, bei der Explosion im Tankkessellager in Harthausen oder bei der Explosion der Gasleitung in Ludwigshafen vor rund zwei Jahren immer wieder erschreckend vor Augen geführt bekommen.

Wie Sie der gestrigen Presseberichterstattung entnehmen konnten, konnte zwischenzeitlich im Rahmen intensiver Ermittlungen im engeren Tatortbereich ein Einschnitt an einer Rohrleitung festgestellt werden. Dieser wurde offensichtlich mit einer Trennscheibe vorgenommen.

An einer benachbarten Leitung waren zu diesem Zeitpunkt Wartungsarbeiten im Gange, bei denen ein Winkelschleifer zum Einsatz kam. Die angeschnittene Rohrleitung war wohl von diesen Arbeiten ausgenommen. In dieser floss brennbares Raffinat.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Unglücksstelle wurde in notwendigem räumlichen Umfang zum Tatort erklärt, beschlagnahmt und von unserer Polizei zur Beweissicherung gesichert.

Die Ermittlungsteams und Gutachter konzentrieren sich nun auf den Ablauf der Wartungsarbeiten und die davor stattgefundenen Sicherungsmaßnahmen. Die Klärung der Zusammenhänge zwischen dem Schnitt und der Explosion erfordert – das ist eben auch schon in den Vorreden erwähnt worden – weitere umfangreiche Ermittlungen.

Zum konkreten Einsatzablauf ist Folgendes zu sagen:

Auf dem Werksgelände der BASF in Ludwigshafen am Rhein kam es im Landeshafen Nord am 17. Oktober gegen 11:20 Uhr zu einer folgenschweren Explosion, bei der zwei Angehörige der Werksfeuerwehr sowie ein Matrose eines Tankmotorschiffs ums Leben kamen. Nahezu 30 Personen wurden bei dem Ereignis verletzt, davon befinden sich sechs Schwerverletzte in stationärer, intensivmedizinischer Behandlung in verschiedenen Kliniken.

Der Explosionsort konnte erst am 18. Oktober 2016 durch Polizeikräfte des Einsatzabschnitts Kriminalpolizeiliche Katastrophenkommission betreten werden. Die eigentliche Explosionsstelle war zu diesem Zeitpunkt immer noch mit einem Schaumteppich bedeckt und unzugänglich. Es konnten zwei tote Werksfeuerwehrangehörige der BASF geborgen werden.

Der vermisste Matrose wurde im Laufe des 19. Oktobers durch Polizeitaucher aus dem Hafenbecken geborgen.

Unmittelbar nach der Explosion wurde von der Polizei eine weiträumige Absperrung eingerichtet. Seit Freigabe des eigentlichen Ereignis-/Schadensortes durch die Feuerwehr am 18. Oktober 2016, 09:26 Uhr, wird dieser Bereich rund um die Uhr durch Kräfte des Polizeipräsidiums Rheinpfalz mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei gesichert. In mehreren Schichten werden dafür insgesamt etwa 13 Kräfte eingesetzt.

Diese Beschlagnahme des Tatortes wurde durch Beschluss des Amtsgerichts Frankenthal am Nachmittag des 19.10.2016 bestätigt.

Die genannten polizeilichen Maßnahmen werden – in Anhängigkeit von der Entscheidung der Staatsanwaltschaft Frankenthal – voraussichtlich noch bis Ende November 2016 aufrechterhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch den Austritt und den Abbrand von brennbarem Medium im Bereich der Rohrleitungstrasse mussten umfangreiche Maßnahmen zur Brandbekämpfung, Kühlung und zur Vermeidung der Brandausbreitung – auch auf ein in der Nähe liegendes Tankmotorschiff – getroffen werden. Die Bekämpfung des Brandes dauerte bis in die Abendstunden des 17. Oktobers an. Das Feuer war gegen 21:30 Uhr gelöscht. Da sich noch brennbares Medium im Bereich der Rohrleitungstrasse befand, wurde dieser Bereich mit einem Schaumteppich abgedeckt. Zeitweise war noch eine Geruchsbelästigung wahrzunehmen, die aber im bewohnten Bereich nicht gesundheitsschädlich war. Dies wurde durch Messungen nachgewiesen.

Da der Brand- und Katastrophenschutz zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Stadt Ludwigshafen gehört und das Land keine Fachaufsicht hat, ist eine endgültige Bewertung der Einsatzmaßnahmen ohne vorherige Aufbereitung durch die Stadt nicht möglich; eine solche konnte noch nicht abschließend erfolgen. Ich denke, das kann man nachvollziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war nach Alarmierung unverzüglich am 17. Oktober vor Ort und informierte mich in den Lagezentren der Stadt, der BASF und der Polizei. Im Laufe des Nachmittags weilte auch unsere Umweltministerin, meine Kollegin Uli Höfken, vor Ort. Gemeinsam mit der Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die ihren Urlaub unterbrach, besuchte ich Ludwigshafen erneut am Dienstag, den 18.10.2016. Wir sprachen mit Vertretern der BASF, der Stadt und der Einsatzkräfte. Ich danke Frau Suckale, Herrn Bock, Herrn Liebelt und Herrn Haselhost, dass sie uns für diese Gespräche intensiv zur Verfügung standen.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Das Lagezentrum der Polizei sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 5 in meinem Ministerium nahmen umgehend ihre Aufgaben im rückwärtigen Bereich wahr. Feuerwehrtechnische Mitarbeiter des Einsatzreferates der ADD waren als Verbindungsbeamte und zur Unterstützung der örtlichen Einsatzleitung in Ludwigshafen eingesetzt. Am Einsatz beteiligt waren neben der Werkfeuerwehr der BASF die Feuerwehren aus Ludwigshafen, Frankenthal, Speyer, Worms, Kaiserslautern und Mannheim sowie der Rettungsdienst und die Hilfsorganisationen, Notfallseelsorger, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, die Polizei und die Wasserschutzpolizei. Das Feuerlöschboot aus Mannheim unterstützte den Einsatz von der Wasserseite aus.

Seitens der Polizei wurde das Schadensereignis Explosion im Bereich des Landeshafens Nord der BASF in zwei aufeinanderfolgenden besonderen Aufbauorganisationen (sog. BAOen) bearbeitet.

Die erste BAO wurde entsprechend den vorbereiteten Alarm- und Einsatzunterlagen in zwei Phasen durchgeführt und war hauptsächlich geprägt durch die Unterstützung der eingesetzten Feuerwehr- und Rettungskräfte sowie ersten Ermittlungsmaßnahmen, insbesondere Vermisstensuche, namentliche Feststellung der Verletzten, Feststellung des Verletzungsgrades und – auch das gehört leider dazu – Leichenbergung. Zusätzlich wurden Verbindungsbeamte zur Feuerwehr der BASF, zur Berufsfeuerwehr Ludwigshafen sowie zum Krisenstab der Stadtverwaltung Ludwigshafen entsandt.

In der Spitze waren am 17.10. 2016 insgesamt 351 Polizeikräfte im Einsatz bzw. wurden für den Einsatz bereitgehalten, davon 105 Kräfte der Bereitschaftspolizei, acht der Wasserschutzpolizei und 238 Kräfte des Polizeipräsidiums Rheinpfalz. Die zunächst gegründete BAO wurde am 19. Oktober 2016 beendet und Teile davon in die neue Ermittlungs-BAO überführt, die durch den Leiter der Kriminaldirektion Ludwigshafen geführt wird. In dieser BAO werden die sehr umfangreichen und komplexen Ermittlungen zur Klärung der Ursache und der Verantwortlichkeiten mit einem ebenfalls starken Kräfteansatz durchgeführt.

Auf nichtpolizeilicher Seite waren insgesamt 240 Einsatzkräfte beteiligt, davon: Feuerwehr Ludwigshafen 82 Personen, Werkfeuerwehr BASF SE 62 Personen, Feuerwehr Mannheim 26 Personen, Gesamtstärke der Feuerwehren Frankenthal, Speyer, Worms, Kaiserslautern 19 Personen, THW 19 Personen, Rettungsdienst 20 Personen, Psychosoziale Notfallversorgung sieben Personen, Leitender Notarzt einer, Organisatorischer Leiter Rettungsdienst zwei Personen, Fachberater Chemie zwei Personen.

Die Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden und Organisationen am Einsatzort und in der gemeinsamen Einsatzleitung der BASF und der Stadt Ludwigshafen erfolgte auf der Grundlage abgestimmter und eingeübter Verfahren.

Wichtig ist auch der Messeinsatz der Feuerwehren. Es wurden ständig Proben genommen und ausgewertet, eine Gefährdung der Bevölkerung konnte bereits während des Einsatzes ausgeschlossen werden. Trotzdem wurde vorsorglich die Bevölkerung über die Medien, die Internetseite der Stadt Ludwigshafen, Sirenen, sowie MOWAS und KATWARN gewarnt und aufgefordert, Fenster und Türen geschlossen zu halten. Die Gefahrenzone beschränkte sich hauptsächlich auf das Betriebsgelände der BASF und den Landeshafen Nord. Teile der Zufahrtsstrecke zum Tor 15 der BASF waren ebenfalls betroffen. Um diese Gefahrenzone wurde eine äußere Absperrung eingerichtet. Innerhalb der ersten 36 Stunden des Einsatzes kam es aufgrund des hohen LKW-Aufkommens zur BASF zu teilweise erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen durch Staubbildung auf der Zufahrtsstrecke B 9 und L 523.

Aufgrund der Schließung von Tor 15 konnte diese zentrale Abfertigungszufahrt für LKW nicht mehr benutzt werden, was eine Zufahrt zu anderen Toren sowie eine Umorganisation des bisherigen Abfertigerfahrens notwendig machte. Die mit der Durchführung von Verkehrsmaßnahmen beauftragten Einsatzkräfte unterstützten die Zuführung zu anderen Toren der BASF und die Abwicklung der Abfertigung.

Hervorzuheben ist noch die hohe Einsatzbereitschaft aller eingesetzten Kräfte. Die schnelle Kräftezusage der Bereitschaftspolizei ermöglichte eine rechtzeitige Ablösung der Kräfte vor Ort, sodass insgesamt überlange Einsatzzeiten vermieden werden konnten.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Die Zusammenarbeit der Polizei mit den anderen beteiligten Stellen über die Verbindungsbeamten verlief sehr gut. Gerade zur Stadtverwaltung Ludwigshafen und zur Berufsfeuerwehr Ludwigshafen bestehen seit Langem gute persönliche Kontakte, die die Arbeit in einer solchen Lage sehr unterstützen.

Ich möchte noch einmal auch im Namen meines Hauses allen Einsatzkräften für ihren Einsatz meinen Dank aussprechen. Das waren Einsätze unter lebensbedrohlichen Bedingungen. Das waren Einsätze, die mit Bildern verbunden sind, die etwas mit Toten und Verletzten zu tun haben und dabei natürlich auch den eingesetzten Kräften sehr nahegehen, zumal es sich bei den Toten um Kameraden handelt.

Die getöteten Feuerwehrangehörigen der Werkfeuerwehr der BASF standen – das wissen Sie – auch in ehrenamtlicher Verbindung mit rheinland-pfälzischen Freiwilligen Feuerwehren, einer als ehemaliges Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Worms und einer als aktiver Wehrleiter der Feuerwehren der Verbandsgemeinde Lingenfeld.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass wir möglichst schnell die noch ausstehenden Fragen geklärt bekommen. Aber man muss sehen, sowohl die Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft als auch die Dinge, die die Stadt Ludwigshafen aufzuarbeiten hat, müssen sorgfältig aufbereitet werden und brauchen deswegen natürlich auch noch eine gewisse Zeit.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Staatsminister Lewentz. Frau Staatsministerin Höfken, Sie haben das Wort.

Frau Staatsministerin Höfken: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Störfall bei der BASF am 17.10.2016 hat uns alle sehr erschüttert. Ich möchte mich meinen Vorrednern anschließen, unser aller Mitgefühl ist bei den Angehörigen und Freunden der Verstorbenen und Verletzten, denen wir von Herzen eine baldige Genesung wünschen.

Mein Dank gilt auch den Einsatzkräften und Helfern und Helferinnen, aber auch allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sowohl vonseiten der Stadt, des Landes, aber auch der BASF. Ich konnte mich am 17.10.2016 im Krisenstab von der Arbeit überzeugen. Ich war auch sehr erleichtert, als am Abend die Meldung kam, dass das Feuer eingedämmt werden konnte.

Zu den Auswirkungen kann ich den Bericht von Herrn Kollegen Lewentz nach jetzigem Kenntnisstand ergänzen. Es ist wichtig zu betonen, dass wir heute noch nicht alles sagen können und sicher noch weitere Erkenntnisse bekommen.

Das Landesamt für Umwelt betreibt in Rheinland-Pfalz zur Überwachung der Luftqualität insgesamt 27 Luftmessstationen, drei davon an den Standorten in Ludwigshafen:

- Ludwigshafen-Heinigstraße,
- Ludwigshafen-Oppau und
- Ludwigshafen-Mundenheim.

An diesen Stationen werden kontinuierlich Stickstoffoxide, Kohlenmonoxid, Feinstäube, Ruß und Kohlenwasserstoffe gemessen. Wenngleich diese Messstationen natürlich nicht auf die Überwachung solcher Unglücke ausgelegt sind, werden damit auch die typischen Bestandteile eines solchen Brandes erfasst.

Nach derzeitigem Kenntnisstand verbrannten größere Mengen an Propylen und Ethylen, wodurch die Brandgase im Wesentlichen unverbrannte Kohlenwasserstoffe, CO₂, Wasser und Ruß enthielten.

An allen drei Messstationen konnten keine erhöhten Schadstoffkonzentrationen festgestellt werden. Die Ergebnisse wurden sofort automatisiert veröffentlicht.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Hauptgrund für diese, ich sage einmal „positive“ Entwicklung dürften die meteorologischen Bedingungen gewesen sein: Die Rauchgasfahne ist sehr schnell und hoch aufgestiegen, und eine schnelle Verdünnung war gewährleistet.

Auch die Messdaten aus dem regionalen Umfeld in Mannheim, Speyer, Worms und Frankenthal zeigten keine Auffälligkeiten.

Die Luftmessungen wurden natürlich auch von der Umweltüberwachung der BASF durchgeführt. Auch die Feuerwehr der Stadt Ludwigshafen hat permanent Luftmessungen in den benachbarten Gebieten durchgeführt.

Erwartungsgemäß ergaben die Messungen direkt am Brandort kurzzeitig erhöhte Konzentrationswerte im Spektrum der Kohlenwasserstoffe und damit verbundene Geruchsbelästigungen. Diese Werte sinken allerdings im weiteren Umfeld des Brandes bis zum Werkgelände auf ein im Hinblick des Gesundheitsschutzes der Werksangehörigen und der angrenzenden Wohnbevölkerung unbedenkliches Niveau ab.

Zu den Wasserproben. Ein großer Teil, nämlich 13,4 Tonnen des verwendeten Löschwassers von insgesamt 47 Tonnen, wurde während des Brandereignisses am 17.10.2016 über die Kanalisation der BASF-Kläranlage zugeführt.

Die Untersuchung der 24-Stunden-Mischprobe des Kläranlagen-Auslaufs zeigte keine Auffälligkeiten. Die Überwachungswerte der Kläranlage wurden eingehalten. Auch diese Ergebnisse sind öffentlich.

Nördlich der Hafeneinfahrt wurde am 17.10.2016 von BASF stromab am Rheinkilometer 433 von 13 Uhr bis 17 Uhr halbstündig eine Rheinwasserprobe entnommen und untersucht. Seit Beendigung des Brandes wird die Beprobung einmal täglich weitergeführt. Im Gesamtergebnis sind die Untersuchungsergebnisse sowohl für Summenparameter als auch für Einzelstoffe unauffällig.

Die Untersuchungsergebnisse der BASF konnten nun auch durch landeseigene Untersuchungen bestätigt werden. Auch diese Ergebnisse wurden veröffentlicht.

Ein Teil des Löschwassers ist in den Hafen geflossen. Daher wurden auch im Hafenbecken Untersuchungen durchgeführt.

Im Ergebnis konnten hier die Inhaltsstoffe der Löschmittel im Bereich von 0,5 bis 4 mg/l nachgewiesen werden. Dies entspricht einer Löschwassermenge von ca. vier Tonnen, die in das Hafenbecken gelangt ist. Produktstoffe konnten im Hafenbecken nur im Bereich der Nachweisgrenze von 10 µg/l festgestellt werden.

Aufgrund der von der BASF gelieferten Stoffdatenblätter wird sowohl die Produkt- als auch die Löschmittelmenge im Hafenbecken als geringes Risiko eingestuft. Der Stoff wird sich im Hafenbecken zum Teil biologisch abbauen, und zum Teil wird er über den Wasseraustausch zwischen Hafen und Rhein über einen längeren Zeitraum in den Rhein ausgetragen werden.

In den Ausschüssen haben wir uns in der Vergangenheit intensiv im Zusammenhang mit Löschsäumen auch mit dem Thema PFT-Belastungen beschäftigt. Hierzu kann ich berichten, dass die im Rhein von uns gemessenen PFT-Belastungen nicht von den Normalwerten im Rhein abweichen.

Insgesamt kann damit der Verbleib von 17,4 Tonnen des Löschmittels nachgewiesen werden. Das waren 13,4 Tonnen in der Kläranlage und vier Tonnen im Hafenbecken, wie ich eben dargestellt habe. Da insgesamt etwa 47 Tonnen Löschmittel verwendet wurden, ist derzeit der Verbleib von etwa 29,6 Tonnen unklar. Sie können verbrannt oder im Erdreich versickert sein. Diesbezüglich haben schon erste Beprobungen durch die Stadt Ludwigshafen, die BASF und die Staatsanwaltschaft stattgefunden. Die Analysen stehen derzeit noch aus.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Generell sind Maßnahmen im Bereich Bodenschutz gegenwärtig durch die nicht vollumfänglichen Zutrittsmöglichkeiten aufgrund der laufenden Ermittlungen nur eingeschränkt möglich.

Zur Optimierung der Abläufe der Maßnahmen im Bereich Bodenschutz wurde ein Jour-fixe auf Arbeitsebene zwischen der BASF, der Stadt Ludwigshafen und der SGD Süd eingerichtet. Aktuell werden zur Vorbereitung weiterer Maßnahmen alle verfügbaren hydraulischen und bodenschutztechnischen Standortdaten und Erkenntnisse, beispielsweise zu Sicherungsbrunnen im Umfeld, zusammengetragen.

Die Überwachung des Werksgeländes der BASF durch die SGD Süd stellt sich wie folgt dar:

Der gesamte Standort der BASF in Ludwigshafen ist aufgrund der Menge der gehandhabten gefährlichen Stoffe als Betriebsbereich nach der Störfall-Verordnung eingestuft.

Für die Überwachung des Betriebsbereiches hat die SGD Süd ein Überwachungssystem installiert, das planmäßige und systematische Prüfungen der technischen, organisatorischen und managementspezifischen Systeme beinhaltet. Dazu finden angekündigte, aber auch unangekündigte Inspektionen statt.

Inspektionsschwerpunkt ist die Anlagensicherheit unter Einbeziehung des nach den Anforderungen der Störfall-Verordnung zu erstellenden Sicherheitsberichtes. Im Anlagenbereich der BASF betrifft dies 267 Anlagen. Eine davon ist der Nordhafen, für den ein anlagenbezogener Sicherheitsbericht erstellt wurde, da in den Leitungen und Schiffen ein größerer Hold-up an gefährlichen Stoffen möglich ist.

Der anlagenbezogene Sicherheitsbericht betreffend den Nordhafen wurde nach der letzten Vor-Ort-Inspektion am 05.09.2012 mit Datum 09.01.2013 aktualisiert und von den Mitarbeitern der SGD Süd überprüft.

Das Überwachungssystem für den Betriebsbereich der BASF in Ludwigshafen beinhaltet auch ein Überwachungsprogramm:

Für die einzelnen Anlagen wurden Inspektionsintervalle nach einer systematischen Risikobewertung anhand des Gefahrenpotenzials insbesondere unter Berücksichtigung der Gefährlichkeit der Stoffe und der Stoffmenge ermittelt und festgelegt.

Die störfallrelevanten Anlagen der BASF wurden in drei Kategorien unterteilt, wobei für die gefährlichsten Anlagen – das sind die Anlagen der Kategorie I, zum Beispiel die TDI-Anlage, der Steamcracker und die Acetylenanlage – die Inspektionsintervalle ein bis zwei Jahre betragen.

Für Anlagen der Kategorie II betragen die Inspektionsintervalle drei bis fünf Jahre – zum Beispiel der Nordhafen und die Salzsäurefabrik –, für Anlagen der Kategorie III – zum Beispiel Labore, Werkstätten, Kälteanlagen – fünf bis sieben Jahre.

Der Anlagenteil Nordhafen ist, wie gesagt, in die Kategorie II eingestuft und wird damit spätestens alle fünf Jahre wiederkehrend inspiziert. Betriebliche Störungen werden allerdings zum Anlass genommen, die Inspektionsintervalle für die jeweiligen Anlagen deutlich zu verkürzen.

Insgesamt ist das Inspektionsprogramm der SGD Süd für die BASF so ausgelegt, dass der gesamte Betriebsbereich der BASF mit sämtlichen sicherheitsrelevanten Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von ca. sieben Jahren inspiziert ist.

Außer Inspektionen nach der Störfall-Verordnung werden zusätzlich medienübergreifende Umweltinspektionen für Anlagen durchgeführt, die der Industrieemissionsrichtlinie (IE-Richtlinie) unterliegen. Dies betrifft ca. 200 Anlagen, die in der Regel auch Störfallanlagen sind. Der Nordhafen selbst ist nicht als genehmigungsbedürftige Anlage eingestuft und davon nicht betroffen.

Wesentlicher Schwerpunkt der Umweltinspektionen ist ein Abgleich der Genehmigungssituation mit der tatsächlich errichteten und betriebenen Anlage. Die für die betroffenen Umweltmedien zuständigen

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Fachbehörden im Land werden bereits in der Vorprüfung eingeschaltet. Die Inspektionsintervalle betragen ein bis drei Jahre, je nach Gefahrenpotenzial der Anlage.

Zusätzlich führt die SGD Süd zahlreiche weitere Inspektionen und Überprüfungen auf dem Werksge­lände der BASF durch, zum Beispiel Baustellenkontrollen, Untersuchung von Arbeitsunfällen und sonstige Überprüfungen im technischen und sozialen Arbeitsschutz.

Neben den behördlichen Überwachungsmaßnahmen gibt es eine Vielzahl von Prüfungen der Anlagen, Anlagenteile und Betriebsmittel, die durch BASF-eigenes Fachpersonal, zum Beispiel befähigte Personen und Sachverständige, oder externe Prüfstellen aufgrund gesetzlicher oder untergesetzlicher Prüf­vorschriften, zum Beispiel Betriebssicherheitsverordnung, Arbeitsschutzgesetz, etc., oder aufgrund der Eigenverpflichtung der Chemischen Industrie durchzuführen sind. Diese Prüfungen finden in deutlich engeren Intervallen als die Behördenüberwachungen statt.

Zur weiteren Vorgehensweise:

Zunächst der Hinweis – wir haben solche Diskussionen auch vor Kurzem geführt –: Den gesetzlich geforderten Meldeverpflichtungen nach der Störfall-Verordnung ist die BASF in vollem Umfang nachgekommen.

Die SGD Süd hat zur Untersuchung des Störfalls ein interdisziplinär zusammengesetztes Expertenteam eingerichtet. Es besteht aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Gewerbeaufsicht – insbesondere zu Fragen der Anlagensicherheit und des Arbeitsschutzes – und der Abteilung Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Bodenschutz – insbesondere zu bodenschutz- und wasserrechtlichen Fragestellungen –. Die Expertengruppe hat ihre Arbeit bereits am Freitag, 21.10.2016, aufgenommen. Herr Gerten von der SGD-Süd leitet die Expertengruppe. Er ist heute ebenfalls anwesend, ebenso wie Herr Professor Dr. Seimetz und andere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Die Untersuchung des Störfalls durch die SGD Süd erfolgt in enger Abstimmung mit der Polizei bzw. der Staatsanwaltschaft und den betroffenen Fachstellen der BASF.

Angekündigt hat die SGD Süd auch eine Anordnung nach § 29a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Nach dieser hat die BASF das Schadensereignis durch einen unabhängigen Sachverständigen untersuchen zu lassen. Inhalt und Umfang der Untersuchung durch den Sachverständigen werden derzeit abgestimmt, und zwar mit der Staatsanwaltschaft und auch mit der BASF.

Darüber hinaus ist es in meinen Augen auch sinnvoll – mit Blick auf die Entwicklung der Vorfälle in der näheren Vergangenheit und insbesondere im Zusammenhang mit dem Vorfall von vergangener Woche –, das Sicherheitsmanagement der BASF für den Standort Ludwigshafen von einem externen Gutachter umfassend prüfen und dies von der Öffentlichkeit begleiten zu lassen. Ziel muss es sein, die Ursachen für die Einzelfälle zu finden und gegebenenfalls Anpassungen des Sicherheitsmanagements vorzunehmen, damit Vorfälle systematisch vermieden werden. Wenn ein solcher Prozess der Kontrolle und ggf. Verbesserung des Sicherheitsmanagements mit der nötigen Transparenz durchgeführt wird, kann das Vertrauen in den für Rheinland-Pfalz sehr bedeutenden BASF-Standort Ludwigshafen erhalten und gestärkt werden.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Frau Staatsministerin Höfken.

Als nächstem Redner gebe ich Herrn Dr. Liebelt das Wort, der uns eine Präsentation zeigen wird.

(Herr Dr. Liebelt erläutert seine folgenden Ausführungen anhand einer Powerpoint-Präsentation)

Herr Dr. Liebelt (BASF): Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Minister Lewentz, Frau Ministerin Höfken, Frau Staatssekretärin Schmitt, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

zunächst, dass unserer Bitte entsprochen wurde, an der gemeinsamen Sondersitzung des Innenausschusses, des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung sowie des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr teilnehmen zu können.

Es ist mir wichtig, Ihnen die Ereignisse vom 17.10.2016 darzustellen und zu zeigen, dass wir unserer Verantwortung nachkommen.

Ebenso wie Sie, die Bevölkerung, die Behörden und die Medien sind wir an einer schnellen und vollständigen Aufklärung dieses tragischen Unglücks interessiert. Wir sind tief bestürzt und in Gedanken bei den Verstorbenen, den Verletzten, ihren Familien und Angehörigen.

Unser Dank gilt allen Einsatzkräften vor Ort, den Feuerwehren, den Rettungsdiensten, dem Technischen Hilfswerk, der Polizei, den Stadtverwaltungen sowie der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd. Sie alle waren am 17. Oktober und an den darauffolgenden Tagen mit hohem Engagement zum Schutz der Bevölkerung und Umwelt im Einsatz. Sie alle haben dazu beigetragen, die Auswirkungen des Schadenfalls zu minimieren.

Zu folgenden Themen möchte ich Stellung nehmen:

Erstens zum Unfallhergang, soweit uns dies zum jetzigen Zeitpunkt möglich ist, zweitens zur Sicherheit am Standort Ludwigshafen allgemein, drittens zur Zusammenarbeit mit Kontraktoren, viertens zu Umweltereignissen am Standort Ludwigshafen im Jahr 2016 und abschließend zu wirtschaftlichen Auswirkungen und den nächsten Schritten.

Ich beginne mit dem Unfallhergang. Sie sehen eine Powerpoint-Präsentation zur Verdeutlichung. Bei den Ausführungen zum Unfallhergang bitte ich Sie zu berücksichtigen, dass dieser, wie schon mehrfach bemerkt, weiterhin durch die Staatsanwaltschaft Frankenthal untersucht wird. Da die Unfallstelle nach wie vor von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt ist, hatten wir keine Gelegenheit, eigene Untersuchungen an der Unfallstelle zu beginnen.

Meine Ausführungen stützen sich somit auf die Auswertung von Videomitschnitten aus unserer Feuerwehrlaufstelle, auf Protokolle unseres Krisenstabs sowie auf Erkenntnisse der Feuerwehr vor Ort, die mit den Lösch- und Sicherungsarbeiten befasst war.

Zur Einordnung zeige ich Ihnen die geographische Lage. Sie sehen den Standort Ludwigshafen, etwas hervorgehoben, und im Norden des Standorts Ludwigshafen den Landeshafen Nord. Sie erkennen den Standort zwischen den Städten Ludwigshafen und Mannheim.

Auf der Folie 2 sehen Sie im Norden des Werksgeländes den Landeshafen Nord noch einmal bezeichnet. Dieser Landeshafen Nord ist seit 1976 in Betrieb. Er ist Umschlagplatz für brennbare Flüssigkeiten und unter Druck verflüssigte Gase.

Vor dem Unfall wurden hier jährlich mehr als 2,6 Millionen Tonnen an Gütern umgeschlagen. Das sind etwa 20 % des gesamten Güterumschlags am Standort Ludwigshafen.

Der Ablauf der Ereignisse im Landeshafen Nord stellt sich aus Sicht der BASF wie folgt dar:

Hier sehen Sie eine weitere Folie mit einem etwas vergrößerten Ausschnitt des Landeshafens Nord. Sie sehen den Unfallort mit einem roten Ring gekennzeichnet. Sie sehen den Rohrgraben, auf den ich gleich noch kommen werde, mit den 38 Rohrleitungen bezeichnet. Sie sehen auch unsere sogenannte Druckluft-Ölsperre. Das ist eine Vorrichtung, die verhindert, dass bei Austritt von Stoffen in den Hafen ein weiterer Austritt, eine Ausschwemmung in den Rhein erfolgen könnte. Diese Druckluft-Ölsperre hat übrigens auch sofort funktioniert. Deshalb gab es keinen Austrag von Stoffen in den Rhein.

Ich beginne jetzt mit unserem Erkenntnisstand zum Unfallhergang. Ich beginne am 13.10.2016. Seit dem 13.10.2016 fanden im Landeshafen Nord planmäßig Reparaturarbeiten an einer entleerten und gesicherten Propylenleitung statt. Ziel war der Austausch mehrerer Rohrleitungsstücke als Maßnahme

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

zur vorbeugenden Instandhaltung. Zur Durchführung der hierfür notwendigen Arbeiten hatte BASF eine Spezialfirma für Rohrleitungsbau beauftragt. Diese verfügt über langjährige Erfahrungen bei der BASF.

Die entsprechenden Arbeitsschritte wurden am 13. und am 14.10. jeweils erfolgreich durchgeführt, ebenso am frühen Morgen des 17.10.2016. Auch dort wurde schon erfolgreich und sicher gearbeitet.

Um 11:21 Uhr des 17.10. ging dann ein Notruf bei der BASF Werkfeuerwehr ein. Gemeldet wurde ein Brand in der Rohrtrasse im Nordhafen.

Die ersten Einsatzkräfte der BASF-Feuerwache Nord waren drei Minuten später, um 11:24 Uhr vor Ort, verschafften sich einen Eindruck von der Situation und begannen mit den Vorbereitungen für die Brandbekämpfung.

Drei Minuten später, um 11:27 Uhr, kam es zu einer schweren Explosion, möglicherweise infolge des ersten Brandes. Mit hoher Wahrscheinlichkeit fand die Explosion in der Ethylen-Ferngasleitung statt, der sogenannten EPS.

Diese Explosion löste Folgebrände an mehreren Stellen des Rohrleitungsgrabens aus, wodurch weitere Produkt- und Versorgungsleitungen beschädigt wurden.

Zwei Mitarbeiter unserer Werksfeuerwehr und ein Matrose eines im Hafen liegenden Schiffes kamen ums Leben. Acht Personen wurden schwer verletzt, 22 leicht.

Nach der Explosion trafen im Minutentakt weitere Einsatzkräfte am Schadensort ein und begannen umgehend mit Rettung und Erstversorgung sowie mit Lösch- und Kühlmaßnahmen.

Entsprechend unseres Brandbekämpfungskonzepts für Druckgase ließ man die ausgetretenen Produkte gezielt abbrennen. Dabei handelte es sich um die Produkte Ethylen, Propylen, ein Buten-Gemisch, auch als Raffinat bezeichnet, Pyrolysebenzin und Ethylhexanol.

Um 21:30 Uhr war das Feuer gelöscht.

Nach Beginn des Brandes erfolgten im Umfeld der Unfallstelle am Werkszaun sowie in der Umgebung des Werks in Ludwigshafen und in Mannheim flächendeckende Luftmessungen. Diese ergaben keine auffälligen Messwerte schädlicher Substanzen, wie auch das Umweltministerium und die Stadt Ludwigshafen bestätigt haben.

Auch die Messdaten der Stationen Speyer, Worms und Frankenthal zeigten keine Auffälligkeiten. Lediglich im direkten Bereich der Unfallstelle wurden lokal begrenzt erhöhte Werte festgestellt.

Auffällige Messwerte schädlicher Substanzen wurden ebenfalls zu keiner Zeit in Wasserproben gefunden. Eine Belastung des Bodens halten wir für wahrscheinlich. Dies muss natürlich noch geprüft werden.

Nach unserer heutigen vorläufigen Einschätzung halten wir folgende Ursachenkette für möglich:

Bei den Sicherungsarbeiten der Feuerwehr wurde ein Schnitt in der Leitung neben der im Arbeitsauftrag verzeichneten Propylenleitung festgestellt. Der Schnitt wurde nach Auskunft des Staatsanwalts offensichtlich mit einer Trennscheibe vorgenommen. Die angeschnittene Leitung enthielt das bereits genannte Butengemisch, das Raffinat.

Wir halten es für möglich, dass dieses Butengemisch austrat und sich an von der Trennscheibe erzeugten Funken entzündete. Hierdurch könnte der erste Brand entstanden sein, der in der Folge die beschriebenen Explosionen auslöste.

So weit unsere Erkenntnislage zum Unfallhergang und zu möglichen Ursachen.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Ich möchte jetzt auf das Thema Sicherheit am Standort Ludwigshafen allgemein eingehen. Sicherheit hat bei BASF am Standort Ludwigshafen und weltweit oberste Priorität. Umweltschutz, Gesundheit und Sicherheit sind Teile unserer Unternehmenswerte und Ziele. Sowohl beim Betrieb bestehender Anlagen als auch bei der Planung und beim Bau von neuen Anlagen handeln wir stets verantwortungsvoll und geben Sicherheit immer Vorrang.

In den vergangenen zehn Jahren haben wir in jedem Jahr deutlich mehr in den Standort Ludwigshafen investiert als abgeschrieben. Dadurch haben wir mehr als ein Drittel des Anlagevermögens erneuert und das Werk sicherer und zukunftsfähiger gemacht. Zusätzlich haben wir etwa 10 Milliarden Euro in die Instandhaltung investiert.

Unsere Anlagen sind in einem zuverlässigen Zustand, und wir tun viel dafür. Dies wird durch die Inspektionen und die verschiedenen zuständigen Behörden sowie durch interne Audits bestätigt. Pro Jahr haben wir in Ludwigshafen über 300 Vor-Ort-Termine mit den Überwachungsbehörden, darunter rund 160 angekündigte und unangekündigte Inspektionen.

Der Landeshafen Nord – wie schon von meinen Vorrednern bemerkt – und mit ihm die beschädigten Rohrleitungen wurden zuletzt turnusmäßig im September 2012 inspiziert. Dabei gab es keine Beanstandungen technischer oder organisatorischer Art.

Nun zur Zusammenarbeit mit Kontraktoren: Seit Jahrzehnten leisten Fachfirmen und externe Spezialisten einen großen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg der BASF in Ludwigshafen. Am Standort Ludwigshafen sind derzeit rund 8.000 Mitarbeiter von etwa 400 Fachfirmen und Dienstleistern im Einsatz.

Bei der Auswahl dieser Firmen gelten sehr hohe Standards. Kontraktoren, die sich um einen Auftrag bei BASF bemühen, müssen BASF zunächst Einblick in ihre Unfall- und Qualitätshistorie gewähren. Dazu gehört auch, dass Referenzen über vergleichbare und kontinuierliche Tätigkeiten in Chemiefirmen oder Kraftwerken vorgelegt werden können. Erst dann werden sie probeweise für kleinere Aufträge und unter erhöhter Qualitäts- und Sicherheitsüberwachung eingesetzt. Entspricht die Firma dann den Anforderungen der BASF und erbringt sie ihre Leistungen sicher und in hoher Qualität, kann sie dauerhaft für BASF tätig werden.

Auch danach wird die Leistung der Kontraktoren in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umweltschutz und Qualität kontinuierlich erfasst. Dies fließt in eine Gesamtbewertung ein und wird mit den Kontraktoren regelmäßig besprochen sowie als Basis für weitere Ausschreibungen benutzt. Dies führt dazu, dass die Fluktuation bei Kontraktoren gering ist und wir langfristig mit bewährten Partnern zusammenarbeiten.

Nun zum vierten Punkt, Umweltereignisse am Standort Ludwigshafen im Jahr 2016 allgemein: In den vergangenen Wochen wurden uns viele Fragen gestellt, unter anderem zur Zahl der Umweltereignisse im Jahr 2016 und zur Kommunikation von Ereignissen generell. Offen und transparent zu sein ist unser Anspruch. Das ist unser Selbstverständnis, und so handeln wir auch. Dies trifft auf die Information der Öffentlichkeit ebenso wie auf die der Behörden zu.

Bis heute haben wir im Jahr 2016 insgesamt 16 Umweltereignisse an die Öffentlichkeit kommuniziert. Davon waren sechs gesetzlich meldepflichtig. Die übrigen Ereignisse haben wir per Pressemitteilung veröffentlicht, um dem berechtigten Informationsbedürfnis von Anwohnern und Öffentlichkeit Rechnung zu tragen. Dies zeigt, dass wir wesentlich mehr Ereignisse kommunizieren, als wir formal müssten.

Darüber hinaus wird den zuständigen Behörden deutlich mehr gemeldet als gesetzlich vorgeschrieben, so zum Beispiel jeder Blaulichteinsatz der Werksfeuerwehr, auch im Falle eines Fehlalarms.

Die in der Öffentlichkeit diskutierte höhere Zahl von Umweltereignissen im Jahr 2016 im Vergleich zu den Vorjahren ist aus unserer Sicht auf folgende Faktoren zurückzuführen: Hauptgründe sind vor allem die hohe Zahl an turnusmäßigen Abstellungen von Anlagen für Inspektionen und das Anfahren von Neuanlagen.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Beim Anfahren von Anlagen bzw. beim Wiederanfahren überprüfter Anlagen kann eine Außenwirkung, etwa eine Fackeltätigkeit, aus technischen Gründen nicht immer ausgeschlossen werden, auch wenn das unser klares Ziel ist.

Dennoch, jedes Ereignis ist eines zu viel. Wir analysieren daher jedes einzelne Ereignis akribisch, und wir lernen daraus.

Nun zum letzten Punkt, den wirtschaftlichen Auswirkungen und den nächsten Schritten: Aus Sicherheitsgründen wurden sofort nach der Explosion im Nordhafen beide Steamcracker und über 20 weitere Anlagen abgestellt. Infolge der daraus resultierenden Rohstoffverknappung mussten etwa 50 zusätzliche Anlagen ihre Produktion drosseln.

Am Standort Ludwigshafen arbeiten derzeit Tausende Kollegen daran, den Betrieb wieder zu normalisieren. Der Ausfall eines Teils unserer Logistikinfrastruktur wird uns noch einige Monate beschäftigen. Inzwischen sind bereits viele Anlagen wie zum Beispiel einer der Steamcracker wieder in Betrieb. In den kommenden Wochen werden wir die übrigen Anlagen schrittweise wiederanfahren.

Auf Basis des heutigen Kenntnisstandes gehen wir davon aus, dass der Unfall langfristig keine Auswirkungen auf unsere Leistungsfähigkeit und auf die Arbeitsplätze am Standort Ludwigshafen haben wird.

Parallel dazu arbeiten wir natürlich mit aller Kraft an der weiteren Aufklärung des Ereignisses, um daraus Lehren zu ziehen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unsere Nachbarn und die Öffentlichkeit fordern zu Recht weitere Antworten von uns. Diese Antworten werden wir liefern.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Herr Dr. Liebelt. Ich habe schon die ersten Wortmeldungen vorliegen. Ich möchte aber zu Beginn das aufgreifen, was Sie alle gesagt haben: Es geht uns heute um Information. Es geht um Aufklärung und darum, dass wir Fragen an die Landesregierung und die BASF stellen wollen. So haben wir es beschlossen. Weil viele Interesse haben zu fragen, äußere ich die Bitte, dass wir uns daran halten, uns wieder einmal zunächst auf drei Fragen zu konzentrieren, damit möglichst viele Kollegen ihr Recht auf Fragen wahrnehmen können. Es hat jeder das Recht, sich mehrfach zu melden.

Ich habe zunächst Herrn Guth, Herrn Wink, Herrn Baldauf, Herrn Junge und Herrn Braun notiert. Danach gehen wir weiter. Herr Guth, bitte.

Herr Abg. Guth: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank insbesondere auch an Herrn Dr. Liebelt für die ausführlichen Erläuterungen. Dennoch wollen wir die Gelegenheit nutzen, Fragen zu stellen, zunächst an Sie, Herr Dr. Liebelt, zu dem Thema Anlagen und Fremdfirmen.

Die Fremdfirmen rücken zunehmend in den Fokus, insbesondere in der Presse. Deshalb frage ich, ob Sie gegenüber den Vorjahren oder gegenüber der Vergangenheit verstärkt Fremdfirmen für Arbeiten auf dem Gelände einsetzen, ob diese Fremdarbeiter unter Anwesenheit von BASF-Mitarbeitern arbeiten, ob diese Anlagen durch BASF-Mitarbeiter gesichert werden und ob die Anlagen, an denen gearbeitet wird – darüber wird spekuliert, deshalb stelle ich ganz bewusst die Frage –, veraltet sind und man die Investitionen, die Unterhaltung, die Instandhaltung in den letzten Jahren zurückfahren hat.

Die letzte Frage: Sie sprachen von 38 Rohrleitungen. Wer betreibt die Rohrleitungen? Sind das alles Anlagenrohrleitungen im Eigentum der BASF? Werden sie durch die BASF betrieben, sei es direkt oder indirekt, was die Wartung angeht?

Das wären zunächst diese drei Fragen. Wir haben natürlich noch eine Reihe mehr. Wir sollten aber bei diesem Vorgehen bleiben.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Abg. Wink: Auch wenn es schon mehrmals erwähnt wurde, gestatten Sie der FDP-Fraktion, ihr Bedauern gegenüber den Verletzten, Verstorbenen, Familien und Freunden auszusprechen, aber auch gegenüber den Arbeitskolleginnen und -kollegen.

Dieser Tag ist ein wichtiger Schritt für die vollumfängliche Aufklärung und Aufarbeitung des Zwischenfalls. Auch wir möchten den Helferinnen und Helfern danken, in welcher Funktion sie auch tätig sein mögen.

Nun zu meiner Frage an die Vertreterinnen und Vertreter der BASF: Sie haben es in Teilen schon erwähnt, aber wir würden Sie bitten, noch einmal die Philosophie der BASF in Bezug auf Sicherheit, Arbeitsschutz und Meldewesen weiter gehend zu erläutern.

Danke schön.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Ich hatte den Vertretern der BASF und der Landesregierung gegenüber vielleicht zu wenig darauf hingewiesen: Wir sammeln erst einmal drei Fragende, um die Fragen dann gemeinsam abzuarbeiten. Sofern Sie betroffen sind, bitte ich Sie darum, schon einmal mitzunotieren. Dann kommen wir anschließend darauf zurück.

Herr Abg. Baldauf: Vielen Dank für den Bericht, Herr Dr. Liebelt. Gerade in der Situation, die Sie geschildert haben, ist es besonders wichtig, dass man die Bevölkerung informiert und mitnimmt, Zweifel in der Bevölkerung zerstreuen kann und Dinge beachtet oder überlegt, bei denen der Eindruck erweckt werden könnte, dass es doch an der einen oder anderen Stelle eine Gefährdung – – –

Die Frage hierzu ist: Ich habe den Medienberichten entnommen – ich meine, das war am letzten Donnerstag in „Zur Sache Rheinland-Pfalz!“ –, dass ein dort befragter Gutachter einige Zweifel geäußert hat. Das war zum damaligen Zeitpunkt, Donnerstag letzter Woche. Können Sie uns sagen, wie Sie dazu stehen oder ob Sie mit ihm in Kontakt treten werden, um zu besprechen, wie sich die Sache darstellt?

Es wurden Messungen nicht nur von Ihnen und der Stadt Ludwigshafen, sondern auch von NGOs, von anderen Organisationen durchgeführt. Mir stellt sich die Frage: Sind Sie in Kontakt mit ihnen, oder bieten Sie Kontakt an, um diese Ergebnisse gemeinsam zu besprechen?

Das wären zunächst meine Fragen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Herr Baldauf. Soweit ich es verstanden habe, gingen alle Fragen an die BASF. Es ist so vereinbart, dass Sie koordinieren, wer antwortet, Herr Liebelt. Ich gebe zunächst einmal alles an Sie weiter, und Sie sagen mir dann, welche Kollegin oder welcher Kollege uns möglicherweise im Detail Antworten gibt. Herr Dr. Liebelt, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Liebelt: Vielen Dank für die Fragen. Ich beginne mit der Beantwortung der Fragen von Herrn Guth.

Zur Anzahl der Kontraktoren, oder nennen wir es einmal die Philosophie der Zusammenarbeit mit Kontraktoren: Das gegenwärtige Konzept in der Zusammenarbeit mit Kontraktoren ist im Jahr 2002 bei dem damaligen sogenannten Standortprojekt Ludwigshafen eingeführt worden.

Seit dieser Zeit haben wir einen ganz klaren Katalog, welche Arbeiten wir von Kontraktoren durchführen lassen, welche wir In-House, also von eigenen Kräften, durchführen lassen und welche wir verpflichtend von eigenen Kräften durchführen lassen, die also auf keinen Fall von Kontraktoren erbracht werden können oder sollen.

Das Konzept hat mittlerweile seit über zehn Jahren Bestand. Die Anzahl der Kontraktoren ist dementsprechend, weil es 2002 eingeführt wurde, natürlich am Anfang dieser Phase angestiegen, ist aber seit etwa 2012/2013 konstant, mit Ausnahme der Kontraktoren, die bei den Großanlagen bei den Bauten der Neuanlagen eingesetzt wurden.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Sie wissen, wir haben in den letzten Jahren die TDI-Anlage in Ludwigshafen fertiggestellt. Bei der TDI-Anlage sind natürlich wesentlich mehr Kontraktoren zum Zuge gekommen. Das ist auch völlig üblich in der Industrie. Solche Anlagen kann eine Chemiefirma nicht selbst bauen. Dafür hat sie die Ressourcen nicht. Dafür gibt es Spezialfirmen, und dafür werden sie auch eingesetzt.

Das heißt also, wenn Sie sich die reine Anzahl ansehen, sehen Sie einen Peak in den Jahren 2012/2013, abnehmend 2014. Ich kann aber sagen, für das Jahr 2016 zum Beispiel ist die Zahl ähnlich groß wie für das Jahr 2015. Somit können wir also sagen, für die Grundinstandhaltung und andere Prozesse mit Ausnahme des Baus von Neuanlagen und Turnaround, also Inspektion von Großanlagen, ist die Zahl konstant.

Dann hatten Sie nach der Begleitung bzw. Überwachung dieser Kontraktoren gefragt. Zunächst einmal muss ich sagen: Wenn wir neben jeden Kontraktoren einen BASF-Mitarbeiter stellen würden oder wollten, wäre der Effizienzverlust sicherlich so groß, dass das den Vorteil der Arbeiten mit Kontraktoren konterkarieren würde.

Dementsprechend haben wir ein System gebaut, ein sicheres System, kann ich sagen, wie diese Kontraktoren bei uns eingesetzt werden. Ich nehme jetzt tatsächlich einmal einen Vorgang – um beim Unglück zu bleiben – sehr ähnlich den Arbeiten, die hier ausgeführt wurden.

Das bedeutet, wenn ein Stück an einer Rohrleitung, die Druckgase enthält, ausgetauscht werden soll, geht das folgendermaßen vor sich: Es gibt eine Planung durch unser sogenanntes Site Engineering, das Standort-Engineeringteam. Die Planungsunterlagen werden dann zur Ausschreibung gebracht, oder es gibt einen Abruf aus einem sogenannten Rahmenvertrag, der zum Beispiel mit einer Firma für Rohrleitungsbau besteht. In beiden Fällen kommt es, wenn der Auftragnehmer identifiziert ist, zu einem gemeinsamen Gespräch des Unternehmens, des Auftragnehmers, mit BASF-Fachleuten. Dabei gibt es eine Durchsprache des Arbeitsauftrags anhand detaillierter Zeichnungen, Planungen usw.

Im nächsten Schritt beginnen die Vor-Ort-Arbeiten. Bei den Vor-Ort-Arbeiten ist das Erste, das gemacht wird, eine Sicherheitsunterweisung der Kontraktoren für die allgemeinen Sicherheitsregeln am Standort Ludwigshafen. Es gibt einen Satz von ganz allgemeinen Regeln. Jeder muss durch diese Schulung.

Als Nächstes gibt es spezifische Sicherheitsunterweisungen. Alles wird übrigens schriftlich dokumentiert, mit Unterschriften festgehalten, und wir sorgen auch dafür, dass die Menschen, mit denen wir diese Sicherheitsunterweisung machen, deutsch sprechen. Auch das wird schriftlich dokumentiert.

Wenn die Sicherheitsunterweisungen gelaufen sind, kommt es zu einer gemeinsamen Gefährdungsbeurteilung. Man beurteilt also, ob geschweißt wird. Das heißt bei uns, ob ein sogenannter Feuerschein ausgestellt werden muss. Dann werden Arbeitserlaubnisscheine ausgestellt. All das geschieht gemeinsam mit den Verantwortlichen der BASF.

Wir haben einen sogenannten Montagekoordinator, der am Tag der Arbeiten tatsächlich noch einmal mit der Fremdfirma, mit diesem Partner, vor Ort die Arbeiten durchspricht. Dann wird die Rohrleitung – jede Rohrleitung ist dabei gleich – freigegeben. Wenn sie zum Beispiel vorher solche Druckgase enthalten hat, wird eine Probebohrung durchgeführt. Es wird dann getestet, ob noch Produkt in der Leitung steht, und zwar gemeinsam von BASF und dem Kontraktoren. Erst dann sagt der BASF-Montagekoordinator, die Leitung ist frei für die Arbeiten.

Das ist der Zeitpunkt, an dem die Firma mit ihren Arbeiten beginnt. Danach haben wir keine verpflichtende Aufsichtspflicht eines Montagekoordinators mehr vorgesehen.

Das ist übrigens jeden Tag aufs Neue der gleiche Prozess. Das heißt also nicht, dass am ersten Tag eine Freigabe erfolgt und diese Kontraktorfirma dann völlig ohne BASF-Aufsicht weiterarbeitet. Am nächsten Morgen steht der Montagekoordinator wieder da. Es wird wieder durchgesprochen. Die Arbeitserlaubnisscheine werden erneuert – täglich erneuert –; sie gelten nicht über zwei oder drei Tage. Sie müssen jedes Mal erneuert werden. Dann werden die Arbeiten wieder im genannten Prozedere aufgenommen. Das ist der Prozess, wie wir solche Arbeiten durchführen.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Dann hatten Sie nach veralteten Anlagen gefragt. Ich nenne Ihnen einmal einige Größen, die auch in der Fachwelt herangezogen werden, um zu beurteilen, ob Anlagen bzw. ein Wirtschaftsgut tatsächlich alt, veraltet, sind, oder ob sie in einem guten Zustand sind.

Zum einen vergleichen Sie in der Regel Investitionen mit Abschreibung. Hier können wir sagen, dass wir über den Zeitraum der letzten zehn Jahre immer oberhalb der Abschreibung investiert haben, im Durchschnitt 100 % oberhalb der Abschreibung, das heißt also, doppelt so viel wie Abschreibungsniveau in den Spitzenzeiten. Das ist zum Beispiel wieder die TDI-Anlage. Dort ging es bis zu 250 % oberhalb der Abschreibung hoch. Das heißt, wir können also sagen, wir haben in den letzten zehn Jahren massiv in den Standort investiert.

Wir rechnen noch mit einem zweiten Faktor. Das ist der sogenannte Erneuerungsfaktor. Hier setzen Sie die Investitionen ins Verhältnis zum Wiederbeschaffungswert. Dabei kann ich Ihnen sagen, dass wir über diesen Wert ableiten können, dass wir nahezu 40 % des Anlagevermögens in den letzten zehn Jahren ersetzt haben. Das heißt also, dieser Standort hat in den letzten zehn Jahren eine Investitionswelle, eine Erneuerungswelle erlebt. Dementsprechend kann ich sagen, die Anlagen sind in einem zuverlässigen Zustand, und wir tun auch sehr viel dafür.

Im Übrigen, diese Investitionswelle ist einer der Gründe, warum wir tatsächlich mehr Pressemeldungen mit Umweltereignissen herausgegeben haben; denn beim Anfahren dieser Anlagen kommt es – man kann es nicht ganz vermeiden – zu nicht konstanten Betriebssituationen. Bis eine Anlage in einem sogenannten Steady State läuft, kann es einige Wochen dauern. Dabei kann es tatsächlich technisch zu Betriebsstörungen kommen. Das wollen wir nicht, das ist nicht unser Ziel, aber es kann passieren. Das ist auch der Grund, warum wir 2016 vermehrt Presseinformationen zu Umweltereignissen herausgegeben haben, weil wir so viele Neuanlagen angefahren haben.

Eine der Fragen, die Sie hatten, gebe ich an Herrn Böhme weiter, zum Thema, wer die Anlagen betreibt, wer Betreiber bzw. Besitzer ist.

Herr Dr. Böhme (BASF): Mein Name ist Peter Böhme. Ich bin in der BASF für umweltrechtliche Genehmigungsverfahren zuständig. Die Frage möchte ich gerne beantworten.

Im Bereich des Rohrleitungsgrabens ist die BASF für alle Rohrleitungen der Betreiber. Es gibt allerdings für die Ethylenfernleitung eine kleine Besonderheit. Sie wird bis zum Werkszaun der BASF durch EPS betrieben. EPS bedeutet Ethylen-Pipeline Süd. Diese EPS-Leitung wird von Evonik in Marl betrieben. Ab dem Werkszaun ist die BASF für die Rohrleitung verantwortlich.

Allerdings gibt es auf dem Werksgelände der BASF in dieser Leitung auch zwei Regel- und Steuerungseinrichtungen, die von Evonik betrieben werden. Das ist auch sinnvoll, weil die Signale und Informationen, die dort eingehen und gesammelt werden, direkt in die Zentrale der Evonik nach Marl gesendet werden. Für die Rohrleitung als solche aber, auch in dem Bereich des Schadensortes, ist BASF der Betreiber.

Herr Dr. Liebelt: Und, wenn ich das hinzufügen darf, auch die Instanz, die die Prüfungen durchführt. Das heißt also, unser technischer Sachverständiger prüft alle Rohrleitungen, die in diesem Rohrleitungsgraben sind, nach den verschiedenen Prüfverordnungen. Dies ist hier die Rohrfernleitungsverordnung. Danach ist diese Rohrleitung geprüft worden.

Die Rohrleitung ist übrigens neu. Sie wurde, wenn ich mich nicht ganz täusche, im Jahr 2012 in Betrieb genommen. Ist das richtig, Herr Böhme? – Ja. 2012 wurde diese Ethylenleitung in Betrieb genommen.

Sind Ihre Fragen damit beantwortet?

(Herr Abg. Guth: Vielen Dank.)

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

– Danke. Dann kam die Frage zur Philosophie. Hier leite ich kurz ein und gebe dann an Linda von dem Bussche weiter. Zur Sicherheitsphilosophie der BASF: Wie eben schon gesagt, Sicherheit hat bei uns absolute und oberste Priorität.

Wir haben Sicherheit, Umwelt und Gesundheit sogar in unsere Unternehmensziele geschrieben. Sie kennen vielleicht unseren Claim, den wir machen: We Create Chemistry for a Sustainable Future.

Das sagen wir nicht nur so. Seitdem wir dieses Statement gemacht und unsere neue Strategie im Jahr 2011 verkündet haben, haben wir sehr viel in der BASF verändert, zum Beispiel die Frage, wie wir unser Produktportfolio betrachten. Wir betrachten es nicht nur ausschließlich aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, sondern auch aus Nachhaltigkeitserwägungen heraus haben wir unser Produktportfolio durchleuchtet und es nach Produkten strukturiert, die zur Nachhaltigkeit beitragen.

Wir haben uns selbst Ziele gesetzt, Produkte, die nicht zur Nachhaltigkeit beitragen, über einen gewissen Zeitraum zu eliminieren, auch unter Inkaufnahme von wirtschaftlichen Konsequenzen, muss ich sagen. Das gleiche gilt im Übrigen auch für die Investitionen. Wenn BASF priorisiert – und in einem Unternehmen müssen Sie immer priorisieren, Sie haben immer mehr Mittelbedarf als Mittel zur Verfügung –, steht immer die Sicherheit an erster Stelle, Sicherheit und Betriebserlaubnis. Das können wir auch nachweisen.

Das heißt also, immer dann, wenn es in unseren Gremien, unseren Ausschüssen – ob das auf Abteilungsebene oder im Vorstand stattfindet – zu einer Priorisierung kommt, gibt es Kategorien. Wenn die Kategorie Sicherheit obendrauf steht, wird dieses Projekt genehmigt. Dann brauchen Sie keine wirtschaftliche Begründung für dieses Projekt vorlegen, sondern wenn Sicherheit als Faktor obendrauf steht, werden diese Projekte durchgewunken, damit eine Priorisierung der Sicherheitsprojekte immer an erster Stelle erfolgen kann.

Jetzt gebe ich aber noch einmal an Frau von dem Bussche weiter.

Frau Dr. von dem Bussche (BASF): Guten Morgen! Mein Name ist Linda von dem Bussche. Ich bin bei BASF für Umwelt und Arbeitssicherheit zuständig. Ich glaube, was schon ganz wesentlich angesprochen wurde, ist die grundsätzliche Philosophie, die da heißt: Wir geben Sicherheit Vorrang. Das ist etwas, das wir im Arbeitsleben in die Praxis umsetzen, und im Übrigen nicht nur mit Blick auf die BASF-eigenen Mitarbeiter, sondern ganz genauso mit Blick auf alle Kontraktoren und sonstigen Mitarbeiter, die am Standort arbeiten.

Das drückt sich zum Beispiel darin aus, dass wir die Ziele, die wir für den Standort in Sachen Arbeitssicherheit setzen, genauso für die Kontraktoren am Standort wie für BASF Mitarbeiter formulieren. Wir haben also nicht einen höheren Anspruch an BASF als an Kontraktoren, sondern es ist der gleiche Anspruch, der sich an alle am Standort richtet.

Insofern erfassen wir auch alle Unfälle, die am Standort stattfinden, in der gleichen Art und Weise. Wir gehen ihnen auch in der gleichen Art und Weise und in dem gleichen Detaillierungsgrad nach. Das heißt auch, wir gehen jedem einzelnen Unfall ganz konkret nach. Wir arbeiten ihn wirklich akribisch auf. Wir suchen Ursachen für Unfälle. Wenn wir Ursachen haben, publizieren wir sie auch im Unternehmen. Wir haben sogenannte One-Pager, in denen wir auf einer Seite relativ übersichtlich beschreiben, was passiert ist, was die Ursache ist und was wir daraus lernen können.

Das ist die Philosophie: immer besser werden, klare Ziele und klare Ansprüche formulieren und sich immer weiter verbessern. Leider Gottes kommt es trotzdem immer wieder zu Unfällen. Das, was wir tun können, ist aber, diese Unfälle zu nutzen, um uns weiterzuentwickeln.

Herr Dr. Liebelt: Vielleicht kann ich noch eines zu der Frage der Verbesserungen ergänzen: Inwieweit haben wir uns verbessert? Wo stehen wir?

Nehmen wir einmal das Thema Arbeitssicherheit. Wenn wir BASF-Arbeitssicherheitszahlen und -Statistiken mit denen vergleichen, die von der BG Chemie genannt werden – mir stehen Zahlen aus dem

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Jahr 2014 der BG Chemie zur Verfügung –, kann man ungefähr folgende Faktoren ableiten: BASF hat am Standort Ludwigshafen halb so viele meldepflichtige Arbeitsunfälle wie der Durchschnitt der chemischen Industrie in Deutschland. Die gesamte deutsche Industrie hat im Durchschnitt etwa dreimal mehr meldepflichtige Arbeitsunfälle als die BASF am Standort Ludwigshafen, nur einmal zur Einordnung.

Jetzt möchte ich gerne auf Ihre Frage eingehen, Herr Baldauf: Wie nehmen Sie die Bevölkerung mit? Gott sei Dank, kann ich sagen, haben wir nicht erst nach dem Unfall angefangen, die Bevölkerung mitzunehmen. Die Bevölkerung in und um Ludwigshafen ist natürlich dadurch geprägt, dass sie eine Tradition von über 150 Jahren BASF miterlebt und mitgestaltet hat. Viele unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wohnen im direkten Umfeld. Ich will einmal sagen, das ist eine große Familie. Die Stadt Ludwigshafen und die BASF sind eine große Familie.

Ich nenne einige Meilensteine. Wir haben seit Jahrzehnten sogenannte Nachbarschaftsforen. Wir laden regelmäßig, zweimal im Jahr zum Beispiel, Nachbarn bzw. Vertreter von Vereinen aus dem Umfeld ein und verbringen mit ihnen einen halben Tag zusammen.

Wir haben zweimal im Jahr die Ortsvorsteher aus den umliegenden Gemeinden da, aus Ludwigshafen, aber auch aus Mannheim, usw. Es gibt sehr viele Kontakte – das Sponsoring, das wir natürlich durchführen – in kleine Ortsvereine. Dadurch hat sich dieses Netzwerk aufgebaut.

Sie haben recht – ich gebe das auch zu –: Dieses Netzwerk hat gehalten, aber es hat in der letzten Woche Schaden genommen. Es ist auch aus meiner Sicht völlig verständlich, dass das Vertrauen hier angeknackst ist. Frau Suckale und ich haben deshalb vorgestern einen Brief an alle Nachbarn, an alle Ortsvorsteher geschrieben. Wir haben aktiv angesprochen, dass wir dieses Vertrauen beschädigt haben. Wir haben es beschädigt, und wir wollen es wieder zurückgewinnen. Wir werden alles dafür tun, es zurückzugewinnen.

Das heißt also, wir werden diese Aktivitäten jetzt noch weiter steigern. In der ersten Novemberwoche werden wir sowohl mit den Ortsvorstehern als auch mit den Nachbarschaftsforen wieder in Kontakt treten, sie einladen und völlig transparent über den Unfall sprechen.

Das Gleiche gilt übrigens für die TDI-Anlage, die auch Auslöser von Ängsten war. Hier muss ich allerdings ganz klar sagen, und erlauben Sie mir das an dieser Stelle: Dort war nicht die BASF der Auslöser, sondern die Presse, die hier Ängste in unverantwortlicher Art und Weise geschürt hat.

Wir haben beim Bau der TDI-Anlage und auch während des Baus, also bei der Planung und beim Bau, Nachbarn und Medien immer wieder eingeladen. Es gab Events in der Planungs- und Bauphase, bei denen wir viele Menschen durch die Anlage geführt haben. Das haben wir sehr transparent gespielt. So werden wir auch weitermachen.

Ich sage es aber noch einmal ganz ehrlich: Ja, wir haben sicherlich das Vertrauen beschädigt; ob nun schuldhaft oder nicht, ist noch zu klären. Das müssen und werden wir aber zurückgewinnen.

Frau Dr. von dem Bussche: Sie haben die Frage nach dem Gutachter gestellt, der relativ früh, nachdem die ersten Bilder des Unfalls über die Medien gingen, Zweifel an Standards oder sonstigen Abläufen bei der BASF geäußert hat. Wie er zu diesen Schlüssen gekommen ist, kann ich in dem Moment nicht kommentieren. Das, was ich sagen kann, ist, wir werden jetzt einen eigenen externen Gutachter einschalten. Das wurde vorhin schon angesprochen. Die Auswahl dieses Gutachters ist von unserer Seite aus erfolgt. Wir werden jetzt auf die Rückmeldung der SGD hören, ob dieser Gutachter auch von den Behörden akzeptiert ist und werden dann den Sachen wirklich sehr solide nachgehen und werden uns ein Bild machen, ob wir einen echten Nachholbedarf haben. Müssen wir Dinge anders machen? Was waren wirklich die Ursachen?

Was wir darüber hinaus tun werden, ist, über diesen Gutachter, über den ich gerade gesprochen habe, uns andere externe Experten hereinholen, um mit ihnen insgesamt unser Sicherheitsmanagement zu diskutieren. Wir werden uns von denen hinterfragen lassen. Wir werden mit ihnen diskutieren. Wir werden sie bei uns ganz grundsätzlich in Abläufe hineinschauen lassen, um zu hinterfragen, selbst wenn

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

wir meinen, wir machen Dinge gut, ob es Ideen und Erfahrungen anderer Firmen oder aus anderen Segmenten gibt, wo man sagen kann, davon können wir partizipieren, davon können wir lernen. Haben wir vielleicht irgendwo einen blinden Fleck, wo wir gewisse Dinge nicht gesehen haben? Das werden wir hinterfragen lassen.

Wir stehen da für die Diskussion mit der Öffentlichkeit und interessierten Gruppen selbstverständlich zur Verfügung, um das mit diesen gemeinsam zu diskutieren und aufzuarbeiten.

Es gab die Frage zu Messungen, die NGOs angestellt hatten, die zum Beispiel Wassermessungen durchgeführt haben. Ich glaube, die Ergebnisse der Messungen waren nicht in irgendeinem Dissens zu unseren Messungen. Wir stehen da gerne zur Verfügung, um über Messmethoden beispielsweise zu diskutieren, Messmethoden und Ergebnisse auszutauschen. Wir haben zum Beispiel schon selbst Kontakt zu Greenpeace aufgenommen, die sich in unsere Richtung geäußert hatten, um das Angebot zu äußern, genau diese Dinge gemeinsam zu diskutieren.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank. Ich will Ihnen die Rednerliste, die ich notiert habe, vorlesen. Ich hoffe, dass ich alle Kolleginnen und Kollegen gesehen habe. Ich habe jetzt Herrn Junge, Herrn Dr. Braun, Frau Schneider, Frau Wieland, Frau Scharfenberger, Frau Klöckner, Herrn Hartenfels, Herrn Wink und Herrn Guth auf der Liste. Im Augenblick sehe ich nicht, dass ich jemanden übersehen hätte. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen noch einmal, deutlich zu sagen, an wen die Fragen gerichtet sind, falls sie an die Landesregierung gehen, auch zu sagen welches Ressort. Ansonsten gehen wir davon aus, dass wir den Anzuhörenden die Frage stellen.

Herr Junge, Sie haben das Wort.

Herr Abg. Junge: Herzlichen Dank. Die erste Frage geht an die Landesregierung, an Frau Ministerin Höfken und an die BASF zugleich und schließt an die Frage der Gutachten an.

Ich habe wahrgenommen, es werden zwei externe Gutachten beauftragt. Mich würde interessieren, wer ist der Auftraggeber bzw. welchen Beauftragungsinhalt hat es. Werden die Feuerwehren auch Gegenstand der Gutachterbeauftragung sein? Bis wann werden die Gutachten voraussichtlich vorgelegt werden?

Zweite Frage: Ist die Meldestelle für Unfälle dieser Art beim Umweltbundesamt ZEMA und/oder die Kommission für Anlagensicherheit KAS eingeschaltet oder in diesem Zusammenhang beteiligt worden?

Die dritte Frage geht unmittelbar an Herrn Dr. Liebelt. Herr Dr. Liebelt, Sie haben sehr ausführlich vorgetragen, wie das Procedere bei der Einstellung, Anstellung oder Beauftragung von Fremdfirmen ist. Ist in diesem Fall – können Sie das vielleicht jetzt schon sagen – im Vorfeld des 17. Oktober oder unmittelbar vor den Ereignissen eine umfängliche, intensive und dokumentierte Vorbesprechung mit der Fremdfirma durchgeführt worden?

Danke schön.

Herr Abg. Dr. Braun: Ich freue mich sehr darüber, dass Sie hier bestätigen, Herr Liebelt, dass es Investitionen in die Sicherheit verstärkt geben wird. Herr Bock hat gestern oder vorgestern angekündigt, dass er sich persönlich für mehr Investitionen in die Sicherheit einsetzen will. Das lässt immer die Frage offen, welche Möglichkeiten gegeben sind. Darauf will ich noch einmal eingehen. Sie haben erwähnt, dass 38 Rohrleitungen parallel liegen, darunter Rohrleitungen, die hochexplosive Stoffe transportieren.

Ich weiß, es gibt die Vorgabe, dass sie zusammengelegt werden sollten. Gibt es eine Möglichkeit insgesamt im Werk, Rohrleitungen mit hochexplosiven und sehr gefährlichen Stoffen besonders zu bewerten und zu sichern? Die Frage stellt sich auch deswegen, weil die Vorteile dieses Werkes darin liegen, dass es im Verbund arbeitet und deshalb viele Verbindungen innerhalb des Leitungsgeflechts hat. Das ist nicht nur in Ludwigshafen so. Es gibt sogar Leitungen nach Mannheim, die Düker unter dem Rhein etc. Das sind hochkomplexe, langfristig gewachsene Strukturen.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Genauso wie im Abwasserbereich, wo die Strukturen sehr kompliziert sind und manchmal auch dazu führen, dass die Übersicht nicht zu 100 % gegeben ist, würde ich hier noch einmal eine Frage stellen. Wie wird dokumentiert, wo welche Stoffe transportiert werden? Wie wird der Stofffluss dokumentiert? Wird er in der Menge dokumentiert oder wird er so dokumentiert, dass Verluste aus den Rohrleitungen sichtbar sind?

Sie haben selbst die TDI-Anlage angesprochen. Ich will das auch noch einmal tun. Es gibt einen Artikel im Mannheimer Morgen vom 10. Oktober, in dem sie bestätigen, dass es beim Anfahren über die ganze Zeit hinweg zu 14 Feuerwehreinsätzen kam und dass auch hochwertige Lieferanten nicht unbedingt das Material geliefert haben, dass sie erwartet haben. Nun kann das überall passieren. Das ist allerdings bei einem Ultragift schwierig, wenn man Schwierigkeiten bei der Materialqualität hat, wenn man Rohre hat, die relativ schnell korrodieren, und wenn die Ventile, Dichtungen und Pumpen nicht 100 % zuverlässig sind. Sie haben es in der Art und Weise bestätigt. Was wird da getan? Da ist die Sorge vor Ort groß. Es wird mit Phosgen gearbeitet. Was wird da getan, um wirklich alle Risiken zu überprüfen?

Wir haben eine Kleine Anfrage gestellt, in der beantwortet wurde, welche Mengen Phosgen vor Ort, die nur im Übergangsprozess produziert werden, verwendet werden. Das ist in der TDI-Anlage trotz allem nicht wenig. Deswegen ist die Sorge groß.

Ich komme zur letzten Frage, die Veröffentlichung der Messwerte betreffend. Es geht nicht allein darum, dass die Messwerte veröffentlicht werden, sondern die Kritik von den Umweltverbänden betraf vor allem die Geschwindigkeit der Veröffentlichung. Es werden Messwerte erfasst. Die Messwerte, die das Land erfasst, werden sofort veröffentlicht, also mit einer halben Stunde Verzögerung direkt im Netz, glaube ich.

Sie hatten einmal angedeutet, dass sie in einer Woche die Werte veröffentlichen wollen. Sie haben später gesagt, sie können es auch schneller machen, was sie dann getan haben. Gibt es inzwischen interne Diskussionen, dass man eine unmittelbare Veröffentlichung von Umweltmesswerten zur Verfügung stellt, was das Vertrauen sehr stark untermauern könnte? Ich glaube, insofern wäre es gut – das will ich abschließend sagen –, wenn das umgesetzt wird, was angekündigt wird, dass noch mehr in Sicherheit investiert wird. Es ist ein Verbundstandort, der 150 Jahre alt ist. 150 Jahre betreffen den Kern. Dieser ist immer wieder neu gewachsen. Er wird komplizierter durch den Ausbau. Er benötigt die entsprechenden Sicherheitsinvestitionen.

Frau Abg. Schneider: Herr Vorsitzender, ich hätte explizit eine Frage an das Umweltministerium und an die SGD Süd. Frau Ministerin Höfken, Sie sind in Ihren Ausführungen sehr detailliert auf das Überwachungsprogramm der BASF und das Inspektionsprogramm der SGD Süd eingegangen, dass es zahlreiche Überprüfungen gibt, in welchen Abständen diese Überprüfungen je nach Einstufung stattfinden und dass bei Zwischenfällen und Störungen die Intervalle verkürzt werden. Meine Frage an Sie und die SGD Süd nach dem heutigen Stand und nach dem tragischen Unfall: Wie bewerten Sie dieses Inspektionsprogramm der SGD Süd? Reichen die Intervalle oder gibt es hier Lücken im Sicherheitskonzept?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Frau Schneider. Wenn ich das richtig gesehen habe, waren zwei Fragen an Frau Höfken, der Rest wieder an die BASF. Ich würde zunächst vor Höfken das Wort geben und anschließend Herrn Dr. Liebelt.

Frau Staatsministerin Höfken: Vielen Dank. Eine Frage war, ob die Meldung an das UBA (Umweltbundesamt) weitergeleitet worden ist. Das kann ich bestätigen. Sie hatten nach den zwei Gutachten gefragt. Ja, es ist angekündigt – das hat Frau von dem Bussche gerade angesprochen –, dass nach § 29 a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ein Schadensereignis durch einen unabhängigen Sachverständigen untersucht werden soll. Das ist beabsichtigt. Wie gesagt, das wird mit der BASF oder dem Staatsanwalt abgesprochen und die Inhalte werden festgelegt.

Das Zweite ist eine weitere mögliche Untersuchung durch einen externen Gutachter. Das betrifft dann das Sicherheitsmanagement insgesamt.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

(Herr Abg. Junge: Auch die Feuerwehr?)

– Ja, man müsste schauen, ob die Feuerwehr dabei ist. Das umfasst die, sage ich einmal, etwas erweiterte Fragestellung, die ein Stück weit über den Unfall hinausgeht.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Es steht noch die Frage von Frau Schneider über die Situation der Bewertung der Inspektionen und der Intervallsituation aus.

Frau Staatsministerin Höfken: Wir werden die Ergebnisse der Untersuchung abwarten müssen. Daraus werden vielleicht Konsequenzen gezogen. Das kann dann heißen, dass sich das Untersuchungsprogramm ändert, ja.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank. Jetzt hat Herr Dr. Liebelt für die weiteren Fragen das Wort.

Herr Dr. Liebelt: Die Frage von Herrn Junge: Hat in diesem Fall eine derart intensive Vorbesprechung stattgefunden mit der beauftragten Firma? Ja, hat stattgefunden, ist schriftlich dokumentiert und ist der Staatsanwaltschaft als Beweismaterial übergeben worden.

Ich komme zu Herrn Dr. Braun, die Frage nach der Bewertung des Rohrleitungskonzeptes betreffend. Herr Braun, ich schlage vor, dass wir zunächst die Aufklärung des Unfallhergangs abwarten, bevor wir jetzt schon in die Konsequenzen springen; denn grundsätzlich ist die Anordnung, die wir hier haben, nicht selten am Standort, nicht selten für die Chemieindustrie und grundsätzlich nicht selten für die Druckgasindustrie. Wir müssen zunächst die Unfallursache kennen, bevor wir eine Bewertung vornehmen können, ob wir grundsätzlich über das Konzept nachdenken sollten. Das würde ich vorher nicht tun.

Sie hatten zweitens Folgendes gefragt: Wird das dokumentiert, was da liegt? Wird überwacht, was da liegt? Wissen wir, was fließt? Sind Verluste sichtbar? – Zu allen Fragen kann ich ja sagen. Natürlich haben wir eine detaillierte Dokumentation der Rohrleitungen vor Ort. Über das gesamte Werksgelände haben wir das detailliert vorliegen.

Wird es überwacht? – Es gibt in gewissen Abständen in diesen Rohrleitungen Durchflussmessungen, es gibt Druckmessungen. Über diese beiden Messmethoden wird permanent überwacht, ob Verluste auftreten. Das heißt, solange sie nicht in einem Katastrophenfall sind und die Leitungen vom Messsystem abtrennen müssen, solange sehen sie sekundlich auf den Bildschirmen in den sogenannten Messwarten bei uns, welcher Durchfluss und welcher Druck in den Leitungen herrscht, und sind jederzeit in der Lage, zu beurteilen, ob Verluste auftreten können.

Dann kamen Ihre Fragen zur Qualitätssicherung bei TDI und/oder unsere Konsequenzen aus Erkenntnissen bei TDI. Hier kann ich sagen, ja, wir werden Lieferanten wesentlich schärfer überwachen. Es hat uns überrascht – das habe ich schon einmal in der Zeitung gesagt –, dass wir hier mit Lieferproblemen zu kämpfen hatten. Es soll nicht so aussehen, als ob wir die Verantwortung komplett auf unsere Lieferanten schieben wollen. Aber man muss einfach die Historie betrachten und sagen, es gab Lieferanten, auf die konnte sich die BASF verlassen. Das hat in diesem Fall einfach nicht mehr gegriffen. Daraus ziehen wir jetzt die Konsequenzen. Wir wissen auch, wie wir damit umgehen wollen; denn wir haben andere Lieferanten, bei denen diese hohe Lieferqualität nicht immer so automatisch geliefert wurde. Die haben wir in der Vergangenheit schon viel stärker überwacht. Wir wissen also, wie das geht. Das sind Vor-Ort-Besuche. Das sind Inspektionen. Das sind gemeinsame Prüfungen, die durchgeführt werden gerade an geschweißten Rohrleitungen, Druckbehältern und ähnlichem. Das werden wir auch für diese Lieferanten wieder so einführen. Das haben wir uns nicht gewünscht, aber das ist die Konsequenz.

Ich übergebe jetzt an Frau von dem Bussche zur Frage Messwerte schneller offen legen, online verfügbar machen.

Frau von dem Bussche: Es geht um die Veröffentlichung von Umweltmessdaten. Die BASF führt grundsätzlich an jedem Tag in der Woche, an jedem Tag im Jahr Messungen auf dem Werksgelände und im Umfeld der BASF durch. Wenn ein Unfall passiert, haben wir ein System, das zum Beispiel

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Ausbreitungsrechnungen macht. Von daher weiß man, in welche Richtungen können sich irgendwelche Emissionen ausbreiten. Dann werden unsere Umweltmesswagen und die entsprechenden Messungen in den relevanten Richtungen durchgeführt. Wir machen dort Luftmessungen und zum Beispiel Messungen auf Oberflächen. Da werden sogenannte Wischproben genommen. Von daher kann man sagen, kommt etwas von den Emissionen auf den Oberflächen, zum Beispiel in Gärten oder auf sonstigen Dingen in der Wohnbevölkerung an.

Diese Werte stellen wir unmittelbar der Stadt zur Verfügung. Wir stehen da in einem sehr engen Kontakt, weil die Stadt letzten Endes unter Zuhilfenahme unserer Werte die Gefährdungslage beurteilen und Warnungen aussprechen kann. Das ist bisher das abgesprochene Vorgehen. Wir werden aber sehr gerne bereit sein, mit der Stadt auch darüber zu diskutieren, ob man das anders machen soll, ob wir diese Dinge direkt publizieren können. Bisher war das das abgesprochene Vorgehen. Aber, wie gesagt, wir sind gerne zu Diskussionen eines anderen Vorgehens bereit.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Dr. Liebelt, Sie sind mit ihren Ausführungen für diese Fragerunde fertig. Ich sehe auch keine Beanstandung bei den Kollegen. Wir gehen in die nächste Runde mit Frau Wieland, Frau Scharfenberger und Frau Klöckner. Zunächst hat Frau Wieland das Wort.

Frau Abg. Wieland: Ich habe eine Frage an Herrn Minister Lewentz und Frau Ministerin Höfken. Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit der BASF? Gab es Lücken in Ablaufplänen, in der Information oder generell in der Zusammenarbeit?

Ich habe auch eine Frage an Frau Staatssekretärin Schmitt. Wie beurteilen Sie mögliche Auswirkungen auf den Chemiestandort Rheinland-Pfalz?

Frau Abg. Scharfenberger: Herr Vorsitzender, ich habe eine Frage zum Ablauf. Wir haben eine ganz besondere Situation, dass wir zwei Feuerwehren im Einsatz hatten, nämlich die Werks- und die Berufsfeuerwehr. Deshalb würde mich interessieren, wie der normale abgestimmte Ablauf ist und wie es an diesem Tag funktioniert hat.

Es wurde die Kritik geäußert, dass die KATWARN-Warnung erst nach 50 Minuten rausging. Sagen Sie vielleicht noch einmal, wie da der normale Ablauf ist und wann solche Warnungen herausgegeben werden.

Vielen Dank.

Frau Abg. Klöckner: Ich habe zwei Fragen an die BASF. Ich konnte mit meinen Kolleginnen und Kollegen am Freitag bei Ihnen vor Ort sein und habe mir diese Ablaufmechanismen und das Vorsorgeprinzip erläutern lassen, und zwar direkt vor Ort. Ich muss sagen, als Laie ist man schon verwundert, was es alles gibt, wie es ineinander greift. Dennoch fragt man sich, wie dieses Unglück in der Vorausschau hätte verhindert werden können. Sie sprachen von 38 Rohrleitungen. Ich kann das nicht beurteilen. Man hörte das Stichwort heraus, dass es menschliches Versagen sein könnte.

Jetzt haben wir zwei Vorfälle gehabt, der wahrscheinlich unsachgemäße Umgang direkt vor Ort an den Rohren und dass die Schnelligkeit der Feuerwehr wahrscheinlich zum Verhängnis geworden ist, das heißt, dass sie bei der Explosion zu Schaden gekommen ist. Jetzt stellt sich aus meiner Sicht die Frage, ob es Optimierungsmöglichkeiten gibt. Gibt es vergleichbare Fälle? Hier kommen einige Dinge zusammen. Es sind Menschen beieinander. Ich hätte gerne Ihre Bewertung bzw. Auskunft darüber, wo die Überlegungen hingehen. Gibt es überhaupt Luft zur Optimierung? Einiges ist auch schon von Herrn Dr. Braun angedeutet worden, was die Rohre anbelangt etc.

Meine zweite und letzte Frage: Sie sprachen von 16 Vorfällen, die sie gemeldet hätten. Meldepflichtig seien lediglich sechs gewesen. Zahlen sind immer etwas sehr relatives. Absolut kann ich die für ein Unternehmen ihrer Größe nicht beurteilen. Klar ist, dass jede Meldung Aufmerksamkeit hervorruft. Aber ich halte es auch für besser, dass man alles meldet, um deutlich zu machen, dass man nichts verheimlicht oder vielleicht falsch einschätzt. Ich hätte gern ihre Einschätzung, wie die Anzahl zu bewerten ist.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Wir haben zwei Zahlen, im Jahr 2015 – wenn ich es richtig verstanden habe – 15 gemeldete Fälle, im Jahr 2016 16. Bitte erläutern Sie das kurz. Ist das viel? Ist die Schwere eine andere als bisher? Wie beurteilen Sie den Umgang der Berichterstattung mit diesen Meldungen? Man hat auch anderes gelesen. Einige Vorwürfe sind zutage getreten.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Frau Klöckner. Ich würde mit der Landesregierung, mit Herr Staatsminister Lewentz beginnen, dann vielleicht Frau Höfken, Frau Schmitt und danach wieder Herr Dr. Liebelt.

Herr Staatsminister Lewentz, Sie haben das Wort.

Herr Staatsminister Lewentz: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch einmal betonen, das war ein wirklicher Großeinsatz, der folgte festgelegten, gemeinsam besprochenen, gemeinsam geübten und entwickelten Einsatzplänen und -szenarien. Natürlich ist in Ludwigshafen – Beispiele von Einsatznotwendigkeiten sind genannt worden – eine gewisse Übung in der Zusammenarbeit vorhanden.

Wenn man darüber spricht, wer alles beteiligt ist, dann sage ich, sie haben dort die Werksfeuerwehr der BASF SE. Wir haben dort die Berufsfeuerwehr aus Ludwigshafen. Wir haben die Berufsfeuerwehr aus Mannheim. Also in dem unmittelbaren Bereich sind Berufsfeuerwehrlaute absolute Experten im Ersteinsatz. Verstärkt wurden sie – ich habe darauf hingewiesen – durch Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren aus Frankenthal, Speyer, Worms, Kaiserslautern, dem Rhein-Pfalz-Kreis und den weiteren Kräften wie Rettungsdienste, THW und natürlich unserer Polizei. Das läuft entlang klarer Einsatzbestimmungen und klarer Einsatzleitungsvorgaben.

Ich war am Montag und Dienstag in den jeweiligen Krisenstäben und Einsatzleitungen und in den Krisenstäben. Von daher sind mir in dem zweitägigen Besuch von der BASF, der Polizei, der Stadtverwaltung in Ludwigshafen, dort der städtischen Feuerwache – ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bei Herrn Beigeordneten Feid und vor allem bei dem Leiter der Berufsfeuerwehr, Herrn Friedrich bedanken, aber auch bei den Kameraden aus Mannheim, die mit in der Einsatzleitung waren, die uns auch vorgetragen haben – keine Kritikpunkte bezüglich der Einsatzabläufe herangetragen worden. Offenkundig haben die Feuerwehren, soweit man das vor dem Hintergrund der großen Anzahl an Verletzten und der drei toten Menschen sagen kann, sehr gut und schnell reagierend und sehr ineinandergreifend gearbeitet.

Die Warnungen werden auf unterschiedliche Art und Weise ausgesprochen. Ich will zunächst einmal darauf hinweisen, KATWARN ist nicht das Instrument, das die Feuerwehrkräfte alarmiert. KATWARN ist ein Instrument zur Information der Öffentlichkeit. Die Feuerwehren werden natürlich ganz anders aktiviert. Wenn man sozusagen in den Gemeinden das Gefühl hat, dort wird die Feuerwehr über die Sirenen alarmiert, die Bevölkerung auch, die Bevölkerung bekommt mit, da ist etwas, die Feuerwehrkräfte werden über eine Sirenenalarmierung alarmiert, dann haben sie noch keine Information, was los ist.

Informiert wurde über die Internetseite der Stadt Ludwigshafen, über Sirenenalarmierung, über MoWaS (modulares Warnsystem) und über KATWARN. KATWARN ist ein Instrument, mit dem man auch Informationen zum Hergang, zu der Frage, wie hat man darauf zu reagieren, erhält. Das bedeutet, man braucht eine gewisse Informationsbasis, um über KATWARN diese Information herauszugeben.

Wir haben im Land Rheinland-Pfalz zum Stand 20.10.2016 297.202 Menschen, die KATWARN als App zum Beispiel auf ihr Handy geladen haben.

In Ludwigshafen konnten wir 30.651 Menschen – vom 17. Oktober auf den 18. Oktober hat sich die Zahl noch einmal deutlich aufgebaut – über KATWARN erreichen und informieren. In Ludwigshafen wurden rund 36.270 Meldungen verschickt, weil Menschen, die nach Ludwigshafen fahren und KATWARN haben, in den Bereich der Warnungen hineingefahren sind. Im Kreis Bergstraße waren es weitere 9.902 Meldungen, in der Stadt Mannheim 7.649 Meldungen, sodass wir alles in allem über die Strecke mit KATWARN rund 60.000 Menschen erreicht haben, das heißt, KATWARN ist auf freiwilliger Basis und nur ein Bereich, mit dem wir Menschen informieren können. Da KATWARN auf der Basis arbeitet, dass

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

eine bestimmte Informationslage vorhanden sein muss, kommt KATWARN, weil es informieren will, was geschehen ist, wie die Reaktionen sind, immer etwas zeitverzögert zu dem reinen Sirenenalarm.

Wichtig ist, dass wir den Menschen über KATWARN Handlungsanleitungen geben können. Eben sind detailliert die Abläufe dieser ersten Stunde vorgetragen worden. Das ging mit einem kleineren Schadensereignis innerhalb der BASF los. Das war ein Schadensereignis, wo zunächst einmal der Erstangriff durch die Werksfeuerwehr durchgeführt wurde. Die schlimme Explosion hat sich als zweites Ereignis ergeben, worauf dann zunächst die Werksfeuerwehr und in sehr schneller Abfolge mit einer Informationskette die weiteren Feuerwehren informiert wurden und zum Einsatz kamen. Sie haben zunächst einmal die Lage analysiert und doch recht zügig alle Informations- und Warnketten aktiviert. Noch einmal, mir ist bis zum heutigen Tage an keiner Stelle ein Hinweis zugetragen worden, dass es in der Zusammenarbeit der beteiligten Feuerwehren, in der erweiterten Zusammenarbeit mit dem Technischen Hilfswerk oder mit den Hilfs- und Rettungsorganisationen bzw. mit der Polizei zu berichtenden Schwierigkeiten gekommen wäre.

Frau Staatsministerin Höfken: Ich komme zur Frage nach der Zusammenarbeit mit der BASF. Wir können wirklich sagen, dass diese über viele Jahre hinweg absolut vertrauensvoll und korrekt gewesen ist. Selbstverständlich ist die SGD Süd als Kontrollbehörde da. Natürlich gibt es auch etwas zu kontrollieren. Es gibt auch entsprechende Diskussionen über die eine oder andere Frage, beispielsweise über Abwasser oder Phosgenaustritte. Gerade bei den Phosgenaustritten muss man sagen, die BASF hat sich absolut korrekt verhalten. Wir haben uns, ich sage einmal, über die darüber hinausgehende Informationsmöglichkeit ausgetauscht.

Man muss sagen, bis dahin sind immer alle Vorfälle sofort gemeldet worden. Über den Unfall sind wir, das heißt die SGD und ich persönlich, sofort informiert worden.

Frau Staatssekretärin Schmitt: Herr Vorsitzender, vielen Dank. Ich möchte auf die Frage von Frau Wieland eingehen. Ich glaube, die Ausführungen bisher zeigen, wie herausfordernd die Situation ist. Ich möchte bewusst betonen, dass wir hier von einem Unglück, einem Unfall sprechen sollten, den es jetzt in aller gebotenen Vorsorge aufzuarbeiten gilt.

Hier im Ausschuss geht es um eine sachliche Information und Aufklärung. Man merkt an der Diskussion, dass insbesondere Sicherheits- und Umweltaspekte eine bedeutende Rolle spielen. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, den Blick in die Zukunft zu richten und zu sagen, wie sind mögliche Auswirkungen auf den Chemiestandort in Rheinland-Pfalz. Herr Dr. Liebelt, dem ich sehr für seine Ausführungen danke, sagte, die BASF ist sozusagen Bestandteil des Standortes, der Stadt Ludwigshafen. Genauso ist die BASF aus unserer Sicht Bestandteil des Landes Rheinland-Pfalz, wofür wir sehr dankbar sind und möchten dem Ausdruck verleihen.

Aufgrund der noch laufenden Aufklärung kann man heute noch keine konkreten Auswirkungen benennen, die es haben wird. Gegebenenfalls wird Herr Dr. Liebelt konkrete Ausführungen dazu machen. Heute Morgen findet parallel die Bilanzpressekonferenz zum dritten Quartal aktuell in Ludwigshafen statt. Zum Aktienkurs kann man sagen, dass er die letzten Tage stabil war. Soviel zur aktuellen Situation.

Herr Dr. Liebelt: Vielleicht kann ich noch kurz an das anschließen, was Frau Schmitt gesagt hat, was die wirtschaftliche Bewertung betrifft, und noch einmal erläutern, warum es jetzt schwierig ist, mit einer Zahl und einem genauen zeitlichen Ablauf zu kommen.

Wir waren mit Ausnahme unserer Kollegen von der Werksfeuerwehr und einiger Werksschützer noch nicht in der Lage, am Unfallort Untersuchungen vorzunehmen. Wir wissen, dass der Schadensort tatsächlich eine Erstreckung von etwa 100 bis 150 Meter hat. Nun muss überprüft werden, auf welcher Länge Rohrleitungen ausgetauscht werden müssen und wie viel Boden möglicherweise saniert werden muss. Diese Fragen bestimmen den zeitlichen Ablauf und die wirtschaftlichen Auswirkungen auf das Unternehmen. Hier ist ganz entscheidend, wann wir den Nordhafen wieder in Betrieb nehmen können. Der Zeitraum kann zwischen wenigen Wochen bis hin zu mehreren Monaten schwanken. Es verbietet sich aus meiner Sicht, jetzt eine Aussage darüber zu treffen.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Aber wie ich eben gesagt habe – das wiederhole ich gerne noch einmal –, das können wir zum jetzigen Zeitpunkt sagen, langfristige oder signifikante Auswirkungen auf die BASF in Ludwigshafen und weltweit wird das nicht haben.

Ich würde jetzt gerne an unseren Chef der Werksfeuerwehr übergeben; denn es kamen Fragen nach den Abläufen bei der Feuerwehr und wie die Zusammenarbeit und die Koordination gelaufen sind. Ich übergebe noch einmal an Herrn Rolf Haselhorst.

Herr Haselhorst (BASF): Recht herzlichen Dank, mein Name ist Rolf Haselhorst. Ich bin Leiter der BASF-Werksfeuerwehr am Standort Ludwigshafen und möchte gern noch einmal etwas näher auf das eingehen, was Frau Scharfenberger gefragt hat, und unterstützen, was Herr Staatsminister Lewentz schon ausgeführt hat. Wir denken, dass die Zusammenarbeit sowohl mit der Berufsfeuerwehr Ludwigshafen als auch Mannheim ganz hervorragend ist. Das ist eine lange traditionelle gute Zusammenarbeit, die sich auf vielen gemeinsamen Übungen und Aktivitäten aufbaut. Ich möchte beispielhaft das genannte KATWARN anführen, dass wir gemeinsam mit der BASF und den beiden Kommunen zur speziellen Information von einzelnen Individuen, also Persönlichkeiten, eingeführt haben. Jeder persönlich kann sich dort anmelden und bekommt dann sowohl im Stadtgebiet Ludwigshafen, Stadtgebiet Mannheim oder, wenn er BASF-Mitarbeiter ist, auf dem Gelände der BASF eine ausführliche Information zum Zeitpunkt eines Schadensfalls, und zwar auch dann, wenn er nicht betroffen ist. Das ist heute ein ganz wichtiger Faktor, dass sie auch die Menschen, die nicht von einem Schadensfall betroffen sind, frühzeitig informieren, damit sie sich mitgenommen und informiert fühlen.

Die Zusammenarbeit ist wirklich hervorragend. Ich nenne ein zweites Beispiel. Wir haben am Montag dieser Woche die turnusmäßig zu aktualisierende Störfallbroschüre neu aufgelegt, das heißt, das ist eine Information an alle Haushalte in Ludwigshafen, die alle fünf Jahre neu verteilt werden muss. Wir haben es diesmal zum ersten Mal geschafft, dass wir nicht nur für den Stadtkreis Ludwigshafen für alle Störfallbetriebe diese Broschüre herausgegeben haben, sondern haben es länderübergreifend auch für die Stadt Mannheim in einer Broschüre zusammengefasst, sodass sich alle Anwohner beider Städte gemeinsam über die Maßnahmen informieren können.

Zum aktuellen Fall kann ich sagen, dass nach den Vorgaben des Landesbrand- und Katastrophenschutzgesetzes ich der Einsatzleiter auf dem Werksgelände bin und der Leiter der Berufsfeuerwehr, Herr Friedrich, der Einsatzleiter außerhalb ist, also auf dem Stadtgebiet. Das hat hervorragend geklappt. Ich kann mich auch hier noch einmal recht herzlich für die gute Unterstützung bedanken. Sie können sich vorstellen, dass meine Einsatzkräfte, als sie die Informationen bekamen, dass mehrere unserer Mitarbeiter schwer verletzt waren, natürlich sehr mitgenommen waren. Die Unterstützung der Stadt war wirklich sehr hilfreich. Recht herzlichen Dank an dieser Stelle noch einmal.

Herr Dr. Liebelt: Ich fahre fort mit den Fragen von Frau Klöckner. Frau Klöckner, Sie haben gesagt, unsachgemäßer Umgang an Rohren? Mögliche Fehler bei der Feuerwehr? Ich würde das alles nicht stehen lassen wollen.

(Frau Abg. Klöckner: Ich habe keinen Fehler vorgeworfen! Es ging um menschliches Versagen!)

– Ich glaube, wir sollten jetzt wirklich die Unfalluntersuchung abwarten. Wir alle sitzen auf heißen Kohlen. Wir wollen ganz schnell wissen, was da passiert ist. Bis dahin müssen wir abwarten, bis der Unfallhergang lückenlos aufgeklärt ist, bis wir dann die entsprechenden Schlüsse ziehen; denn sie können hier sehr schnell in die falsche Richtung laufen. Das wäre fatal.

Sie haben gefragt, gab es in der Vergangenheit vergleichbare Fälle. Das haben wir uns in den letzten Tagen angesehen. Der einzige Fall, der mir jetzt zumindest von einem beteiligten Stoff bekannt ist, nämlich Ethylen, fand 2008 bei der INEOS statt. Hier war die Unfallursache, die später geklärt worden ist, ein undichter Flansch, eine Flanschverbindung, die offensichtlich in einem warmen Zustand angezogen wurde. Die Konsequenz daraus: Möglichst wenige Flanschverbindungen in derartigen Rohrleitungen einbauen. Genauso haben wir unsere Rohrleitungen hier auch gebaut. Da sind Hunderte von Metern ohne jede Flanschverbindung gebaut. Hier hat man schon reagiert und gesagt, wir müssen die

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Möglichkeit für einen Austritt aus einer solchen Flanschverbindung reduzieren, wenn die Dichtung undicht wird. Das ist schon in die Konzepte eingeflossen. Ich glaube, die Industrie reagiert in der Regel sehr schnell.

Wir werden eine Ursache finden. Da bin ich mir ganz sicher. Wir werden dann sehr schnell und konsequent reagieren. Aber ich muss noch einmal um diese Zeit bitten; denn mit Hektik und Aktionismus würden wir wahrscheinlich in die falsche Richtung agieren und vielleicht das ganze schlimmer machen, als es ist.

Ich komme zu der Frage, Presseinformationen und meldepflichtige Unfälle, wie das das zu bewerten ist. Im Jahr 2016 hatten wir bisher 16 Presseinformationen, darunter sechs meldepflichtigen. Im Jahr 2015 hatten wir 13 Presseinformationen, darunter fünf meldepflichtige. Wenn wir in der Statistik weiter zurückschauen, dann bewegt sich die Zahl der Presseinformationen, die wir herausgegeben haben, immer im Bereich oberhalb von zehn und die Anzahl der meldepflichtigen bewegt sich immer im kleinen einstelligen Bereich. Das heißt, ich würde hier nicht von einer Signifikanz sprechen. Das liegt noch in der Schwankungsbreite. Wobei 2016 die höchste Zahl war. Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Zahl, relativ betrachtet, höher. Das liegt, wie ich eben gesagt habe, an der sehr großen Zahl von Neuanlagen. Das liegt aber auch an der Komplexität der Neuanlage TDI, die wir hier angefahren haben. Man muss sich vorstellen, das ist jetzt keine Einzelanlage, eine kleine sogenannter Einstranganlage, die wir hier aufgebaut haben, sondern das ist eine Anlage, die sieben, acht verschiedene Betriebsteile hat, die zusammenspielen und die zusammen angefahren werden müssen. Daher kommen die sehr hohe Investitionssumme, die Komplexität und die Schwierigkeiten, die wir in der Startphase hatten.

Das gibt mir Gelegenheit, insgesamt auf die Frage einzugehen, wie transparent ist die BASF. Das gilt auch für die Frage, was in den letzten Wochen durch die Presse gegangen ist. Zu den Vorwürfen, die als erstes von der BILD-Zeitung und dann von anderen Medien aufgegriffen worden sind, möchte ich noch einmal sagen, wir haben mittlerweile Strafanzeige gegen unbekannt gestellt. Das Landgericht Köln hat in der letzten Woche unserem Antrag auf einstweilige Verfügung gegen einige dieser Medien stattgegeben, nachdem wir lückenlos aufgeklärt haben, dass die Vorwürfe, die in diesen Zeitungsartikeln anhand eines Briefes, der angeblich von der BASF stammen sollte, gemacht worden sind, nicht stimmen. Diese Vorwürfe haben wir mit eidesstattlichen Versicherungen unserer Beteiligten aufklären können. Das Landgericht Köln hat dem stattgegeben.

Insofern wiederhole ich noch einmal, das war kein authentischer Brief der BASF, der geschrieben worden ist. Das ist von den Medien genutzt worden. Dagegen konnten wir zu Beginn nichts machen. Leider hat sich das noch weiter ausgedehnt. Ich denke, die Vorwürfe auch in Richtung Zusammenarbeit zwischen uns und den Überwachungsbehörden haben wir in den letzten Wochen ausräumen können und, wie gesagt, eidesstattlich versichert widerlegen können.

Wir stehen für Transparenz, deshalb melden wir auch wesentlich mehr als wir das müssten. Wir haben schon vor gut 20 Jahren – jetzt kann ich den genauen Zeitpunkt nicht benennen – mit der Stadt Ludwigshafen und der SGD Süd ein Abkommen über die Frage geschlossen, was melden wir über die gesetzliche Meldepflicht hinaus. An dieses Abkommen halten wir uns exakt. Ich glaube, das können die Kollegen zur Linken bestätigen. Das ist wesentlich mehr als gesetzlich notwendig.

Eine Presseinformation – um das auch noch einmal zu sagen – geben wir immer dann heraus, wenn es Fragen und Besorgnisse in der Bevölkerung geben könnte. Wenn also unsere Fackel am Steamcracker brennt, dann ist das zunächst einmal kein gesetzlich meldepflichtiges Ereignis. Aber es löst natürlich Fragen in der Bevölkerung aus, was bei der BASF los ist. Um diesen Fragen zuvorzukommen, machen wir in der Regel eine proaktive Information und sagen, Achtung, wir fahren den Steamcracker wieder an. Es kann zu Fackeltätigkeiten kommen. Manchmal ist das aber nicht möglich, wenn eine solche Fackel, die eine Sicherungseinrichtung darstellt, tatsächlich als Sicherungseinrichtung anspringt, um einen Unfall zu verhindern, dann ist das eine gute Sache, weil unser Sicherheitskonzept greift. Aber dann können sie nicht proaktiv informieren. Aber auch dann geben wir natürlich eine Presseinformation heraus.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Ich glaube, dass wir noch besser werden könnten, und zwar speziell im Zusammenhang mit der Frage der direkten Online-Veröffentlichung von Messwerten bei solchen Ereignissen. Wir sitzen in zwei Wochen mit der Stadt Ludwigshafen zusammen, um genau das mit Herrn Feid zu diskutieren. Wir haben uns dazu schon verabredet. Ich glaube, das schafft noch einmal zusätzliche Transparenz. Natürlich können wir da noch besser werden. Ich glaube aber auch, wir sind schon gar nicht so schlecht, wie wir gemacht wurden.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Dr. Liebelt. Damit wären wir auch mit dieser Runde durch.

Wir beginnen dann die nächste Runde mit Herrn Hartenfels, Herrn Wink und Herrn Guth.

Herr Abg. Hartenfels: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Fragen beziehen sich vor allen Dingen auf die Umwelt- und Gesundheitsrelevanz dieses Unglückes. Zunächst gehe ich auf die Schadstoffpalette oder -gruppe ein. Bisher wurde immer von Brandgasen und von der Gruppe der Kohlenwasserstoffe gesprochen. Wäre es möglich, dass Sie etwas differenzierter darstellen könnten, welche Einzel Schadstoffe besonders gesundheitsrelevant sind, insbesondere was die Langlebigkeit und die Gesundheitsrelevanz als solches betrifft. In der Presse war zum Beispiel von Benzol als Einzelschadstoff die Rede. Das würde mich noch einmal interessieren. Die Frage geht insbesondere an die BASF, aber natürlich auch an die Gewerbeaufsicht, also an beide Seiten.

Ich nenne das Stichwort Messung dieser Schadstoffe. Ich denke, bei solchen Einzelunfällen ist das stationäre Messnetz eher nachrangig. Mich würde das mobile Messsystem interessieren und wie das funktioniert hat. Wann kam das genau zum Einsatz? Der Brand selbst hat etwa zehn Stunden gedauert. Wer die Fernsehbilder noch im Kopf hat, der weiß, wir hatten insbesondere eine konzentrierte Schadstoffentwicklung, die in die höheren Atmosphärenschichten getrieben worden ist. Deswegen ist besonders relevant, was direkt vor Ort gemessen worden ist. Hier gibt es die Frage der insbesondere in Richtung der Landesregierung: Ab wann wurde mobil vor Ort gemessen? Wie muss sich das die Bevölkerung vorstellen?

Ich habe die Rauchwolke angesprochen. Kann uns die Landesregierung zu diesen oberen Luftschichten jenseits des Verdünnungsprinzips eine Einschätzung geben? Macht es Sinn, da eine Simulation zu machen, dass diese Schadstoffwolke irgendwo konzentriert an anderer Stelle einen Niederschlag findet oder ist es tatsächlich eher anzunehmen, dass die nach oben getriebene Schadstofffracht rein über das Verdünnungsprinzip in die Umwelt gelangt ist? Damit ist es in konzentrierter Form nicht mehr fassbar.

Ich habe noch eine Frage an die Landesregierung. Frau Höfken, Sie haben die PFT-Problematik der Löschsäume angesprochen. Da ist natürlich schon die Zahl erschreckend, dass man nicht weiß, wo fast 30 Tonnen dieser Säume gelandet sind. Das sind etwa zwei Drittel der Gesamtbilanz. Sie haben angesprochen, das kann sozusagen über die Verbrennung oder über dem Pfad Boden, Bodenbelastung in die Umwelt gelangt sein. Dann gibt es eventuell eine Grundwassergefährdung. Könnten Sie noch etwas zu den Auswirkungen dieses Schadstoffpfades sagen, ob es genauere Erkenntnisse gibt und was zu erwarten ist, wenn es beispielsweise überwiegend in die Verbrennung gegangen ist?

Hierzu gibt es vielleicht eine grundsätzliche Einschätzung. Grenzwerte sind das eine, das andere ist, dass wir bei solchen Verbrennungsprozessen zum Teil Schadstoffcocktails haben, die in ihrer Gesamtheit unterhalb von Grenzwerten die Belastungssituation insgesamt erhöhen. Wie wird das von Seiten der Landesregierung eingeschätzt?

Die letzte Frage richtet sich an die BASF. Solche Unfallhergänge bzw. Schreckenssituationen werden sich nie ganz vermeiden lassen. Sie haben sehr überzeugend dargestellt, wie viel sie in Sachen Sicherheit schon getan haben. Insofern muss sich eine moderne Gesellschaft von der Produktpalette her immer fragen, wie können wir uns weiterentwickeln, wie wir bestimmte Produkte und Produktpaletten ganz vermeiden können. Die Chlorchemie oder die Chemie als solcher ist überwiegend Erdöl basiert. Das ist schon seit Jahrzehnten oder schon seit fast Jahrhunderten so. Mich würde interessieren, wie stark sie an einer Produktpalette forschen, die sich von der Basis dieser Grundchemikalien löst, weil wir nie ganz ausschließen können, dass es zu solchen Unglückssituationen kommt.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Unsere Gesellschaft hat sich in Fragen der Energieerzeugung und -versorgung auf den Weg gemacht, sich erfreulicherweise von bestimmten Technologien zu verabschieden, weil sie nicht fehlerfreundlich sind, wenn tatsächlich einmal ein Fehler passiert. Menschliche und technische Fehler können wir nicht zu 100 % ausschließen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zu dieser mittelfristigen Perspektive an ihrem Standort, die eine oder andere Zahl oder Entwicklung darstellen können, wo die Reise hingeht.

Vielen Dank.

Herr Abg. Wink: Meine erste Frage würde sich an Frau Staatssekretärin Schmitt richten, inwiefern sich das Wirtschaftsministerium nach dem Ereignis eingebunden hat.

Ich habe eine weitere Frage an die Vertreterinnen und Vertreter der BASF. Es wurde vorhin kurz angerissen, dass die Aktienmärkte oftmals ein wichtiger Indikator für Image, Vertrauen etc. sind. Können Sie erläutern, wie sich der Aktienkurs über das Ereignis hinweg entwickelt hat?

Vorhin wurden die Messungen durch die kontrollierenden Behörden angesprochen. Wenn ich richtig informiert bin, haben auch NGOs wie Greenpeace diverse Messungen durchgeführt. Liegen schon Ergebnisse vor und wenn ja, wie sehen die aus?

Vielen Dank.

Herr Abg. Guth: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zwei meiner drei Fragen haben die Vorgänger schon gestellt, deshalb kann ich es relativ kurz machen.

Ich hatte zu Beginn ausgeführt, dass es uns insbesondere um den Schutz der Bevölkerung und um die Auswirkungen auf die Umwelt geht. Deshalb frage ich ergänzend zu Herrn Kollegen Hartenfels noch einmal zu der Rauch- oder Rußwolke, die laut Presseberichten nach Nordosten gezogen ist. Wurden entsprechende Untersuchungen bezüglich der Anbauflächen von Gemüse und ähnliches durchgeführt? Es betrifft Auswirkungen auf den Boden dort und die angebauten landwirtschaftlichen Produkte.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Guth. Sie haben mir eben ein Stichwort gegeben, dass Fragen schon gestellt worden sind. Im Augenblick habe ich noch fünf Personen auf der Rednerliste, Herrn Steinbach, Herrn Weiner, Frau Becker, Frau Schneider, Herrn Baldauf und Herrn Dr. Bollinger. Ich stelle jetzt die Frage, gibt es danach noch weitere Fragen? Es muss nicht abschließend sein, aber dann würde ich gern zum Ende der Rednerliste kommen. – Es gibt jetzt keine. Wir nehmen das so auf.

Ich gebe zunächst das Wort an die Landesregierung. Frau Höfken, in dem Fall sind die meisten Fragen an Sie gerichtet gewesen, dann folgen Frau Schmitt und die BASF.

Frau Staatsministerin Höfken: Ich darf einen Teil und die konkrete Beantwortung auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SGD weitergeben.

Konkret sind die Löschsäume angesprochen worden. Ich habe gesagt, wir haben nachweisen können, dass 13,4 Tonnen des Löschmittels in die Kläranlage und 4 Tonnen in das Hafenbecken gegangen sind. Insgesamt sind etwa 47 Tonnen Löschmittel verwendet worden. Die angesprochenen 30 Tonnen sind unklar.

Herr Liebelt und Frau von dem Bussche hatten es schon angesprochen, dass es hier tatsächlich Untersuchungsbedarf gibt. Das werden wir abwarten müssen, da der Zugang noch nicht gegeben ist. Es ist schon wahrscheinlich, dass innerhalb des Erdreiches Konzentrationen zu finden sind. Man kann vielleicht weitere Rückschlüsse ziehen, welche Massen vielleicht verbrannt worden sind.

Zu den konkreteren Fragen würde ich Herrn Professor Seitmetz bitten, diese zu beantworten.

Herr Prof. Dr. Seimetz (Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd): Mein Name ist Hans-Jürgen Seimetz. Ich bin Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Hartenfels, zu Ihrer Frage nach der Rauchwolke: Welche Schadstoffe sind über das Verdünnungsprinzip in die Umwelt gelangt? Ist das so? Was ist erfolgt, um das tatsächlich zu verifizieren? Hierbei stützen wir uns auf die Messungen, die insbesondere durch die Stadt Ludwigshafen und die Stadt Mannheim gemacht worden sind, die zwischenzeitlich veröffentlicht sind. Nach unserer derzeitigen Erkenntnis sind keine umweltgefährdenden Auswirkungen entstanden.

Frau Ministerin Höfken hat ausgeführt, das Land Rheinland-Pfalz hat ausschließlich ein stationäres Netz. Diese Messwerte, auf die wir uns hier beziehen, stammen aus den mobilen Messungen der Städte und der BASF. Man muss aber sicherlich abwarten, wie die weiteren Untersuchungen aussehen, welche Schadstoffe tatsächlich verbrannt sind. Wenn sich derzeit im Boden oder in der Luft nichts nachweisen lässt, liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, dass diese Schadstoffe praktisch vollständig verbrannt sind.

Ich komme zu Ihrer Frage nach den Löschräumen, wo die 30 Tonnen geblieben sind. Diese Frage stellen wir uns natürlich auch. Diese ist im Augenblick nicht vollständig und abschließend zu beantworten, weil wir nicht an die Unfallstelle herankommen. Dazu muss man erst einmal abwarten, welche Schadstoffe tatsächlich verbrannt sind, wie hoch der Anteile der Löschschäume beziffert werden kann, die verbrannt sind und was möglicherweise im Boden im Grundwasser ist. Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir uns mit der Stadt Ludwigshafen als untere Bodenschutzbehörde abstimmen. Sobald die Staatsanwaltschaft den Unfallort freigegeben hat, werden wir gemeinsam mit der Stadt Ludwigshafen an die Beantwortung dieser Fragen gehen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Das waren die Fragen aus dem Bereich des Umweltministeriums und der nachgeordneten Behörden. Frau Schmitt, Sie haben das Wort.

Frau Staatssekretärin Schmitt: Herr Vorsitzender, Herr Abgeordneter Wink, auf die Frage, inwieweit sich das Wirtschaftsministerium einbringt, kann ich sagen: Direkt nach dem Ereignis hat das Wirtschaftsministerium Kontakt mit der BASF aufgenommen. Am 25. Oktober fand ein Vor-Ort-Termin des Ministers statt. Herr Minister Dr. Wissing hat sich mit Herrn Dr. Liebelt und Frau Suckale getroffen. Es wurden die Dinge noch einmal eingehend erörtert. Wir werden im weiteren engen Austausch bleiben und die Dinge begleiten.

Herr Dr. Liebelt: Wir fahren mit der Frage nach Einzelschadstoffe und mehr Details von Herrn Hartenfels fort. Ich übergebe jetzt an Herrn Kayser. Herr Kayser, stellen Sie sich kurz vor.

Herr Dr. Kayser (BASF): Mein Name ist Martin Kayser. Ich bin bei der BASF für die Produktsicherheit zuständig.

Wie Sie schon gesagt haben bzw. schon erläutert wurde, sind fünf Leitungen beschädigt worden, so dass es aus diesen Leitungen zu einem Produktaustritt kam. Bei den ausgetretenen Produkten handelt es sich um sogenannte aliphatische Kohlenwasserstoffe wie Ethylen, Propyläen, Butan und Buten. Diese Kohlenwasserstoffe verbrennen unter freiem Himmel mit viel Sauerstoff zu Kohlendioxid und Wasser. Durch die in der Flamme enthaltenen unverbrannten Kohlenstoffpartikel kommt es zur Rußbildung.

Aus einer weiteren Leitung – das ist auch schon erwähnt worden – trat Ethylhexanol aus. Auch das ist ein Kohlenwasserstoff. Die Substanz riecht stark und zeigt eine geringe Toxizität. Die Messwerte am Unfallort, also direkt an der Stelle, an der der Unfall passiert ist, unmittelbar im Hafengebiet, lagen deutlich unterhalb des Arbeitsplatzgrenzwertes.

Es wurde eine weitere Rohrleitung mit Pyrolysebenzin beschädigt. Das ist ein Gemisch, das enthält unter anderem auch Benzol, dazu weitere Kohlenwasserstoffe. Wir haben kontinuierlich die Luftkonzentration von Benzol und diesen anderen aromatischen Kohlenwasserstoffen gemessen. Dabei traten lediglich wieder im Bereich der Unfallstelle direkt am Hafen auf dem BASF-Werksgelände lokal begrenzt erhöhte Werte für Benzol auf, die sich aber immer noch im Bereich der zulässigen Arbeitsplatzkonzentration befanden.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Von der BASF durchgeführte Messungen außerhalb des Werksgeländes zeigten keine auffälligen Werte schädlicher Substanzen.

Herr Dr. Liebelt: Wir fahren fort mit der Frage nach dem mobilen Messnetz. Frau von dem Bussche bitte.

Frau von dem Bussche: Ich komme zu dem mobilen Messsystem. Sie haben angesprochen, es gibt selbstverständlich ortsfeste Messeinrichtungen. Die BASF betreibt aber auch mobile Messstationen, das heißt Messwagen, die wir in einem solchen Ereignisfall in die entsprechende Richtung schicken können, in der eine Ausbreitung von Schadstoffen zu befürchten ist.

Wie ermitteln wir überhaupt die Ausbreitungsrichtung? Wir beschäftigen bei uns einen Meteorologen, der insbesondere für Ausbreitungsrechnungen zur Verfügung steht. Das machte er zum Beispiel auch für Anlagengenehmigungen, um Emission- und Immissionsprognosen zu erstellen. Aber bei einem solchen Ereignis haben wir direkt einen Simulationsrechner, der aufgrund der Windgeschwindigkeiten und sonstiger Luftverhältnisse sagen kann, in welche Richtung die Ausbreitung stattfindet. Dann werden unsere Messwagen direkt in die entsprechende Richtung geschickt. Ein Messwagen begleitet im Übrigen immer die Feuerwehr direkt an den Einsatzort, um vor Ort Messungen vorzunehmen. Die anderen Wagen – wir haben insgesamt vier solcher Wagen – fahren in Richtung der Ausbreitung und nehmen Messungen in der Luft und Wischproben auf, um festzustellen, ob etwas in der Luft ist und ob es einen Niederschlag auf den Oberflächen gibt.

Da wir mit der Ausbreitungsrechnung sagen können, in welche Richtung das geht, können wir die Proben in der relevanten Gegend aufnehmen.

Die Stadt hatte verständlich auch noch entsprechende Messwagen, die sie in diesem Fall aktiviert hat und die zusätzlich Proben nehmen.

Herr Dr. Liebelt: Ich fahre fort mit der Antwort auf Ihre Frage nach der alternativen Produktpalette. Hier würde ich zwei verschiedene Ansätze unterscheiden. Das ist zum einen die Frage, ob es alternative Rohstoffe gibt. Die Erdölchemie existiert jetzt seit über 150 Jahren. Ich würde sagen, die BASF macht sich seit mindestens 30 bis 40 Jahren Gedanken darüber, ob es alternative Rohstoffe gibt. Das hat etwas mit der ersten Ölkrise in den 1970er Jahren zu tun, als wir schmerzlich merken mussten, wie unsere Rohstoffpreise in den Himmel schossen. Natürlich haben wir damals schon begonnen, uns Gedanken zu machen.

Ich kann heute sagen, dass wir immer noch am Ersatz von Erdöl, von Naphtha als Hauptrohstoff arbeiten. Einige Produktionsverfahren haben wir bereits auf Erdgas als wichtigen Rohstoff umstellen können. Wir haben technisch im Labor und in Pilotversuchen Möglichkeiten erarbeitet, um zum Beispiel nachwachsende Rohstoffe einzusetzen. Aber hier muss man den Dreiklang sehen. Das ist der Dreiklang aus Umweltsicherheit/Gesundheit, sozialer Verantwortung und wirtschaftlichem Erfolg. Nur wenn wir in diesem Dreiklang einen anderen Rohstoff einsetzen können, wenn diese Gesamtbilanz aufgeht, dann macht das für uns Sinn. Das ist an der einen oder anderen Stelle gelungen, ja, wie ich gerade gesagt habe, aber den großen Durchbruch zum Ersatz der Erdölchemie sehe ich, ganz ehrlich, in den nächsten zehn bis 15 Jahren nicht. Das liegt zum einen an den nicht vorhandenen technischen Verfahren, großtechnischen Verfahren. Im Labor mag das alles funktionieren und gut aussehen. Aber beim Scale-up in die Großtechnik ergeben sich sehr viele Probleme. Zum anderen liegt es natürlich auch daran, dass es im Moment ökonomisch an vielen Stellen keinen Sinn machen würde. Es ist weit weg von einer wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit, das zu tun.

Trotzdem arbeiten wir weiter. Wie ich eben gesagt habe, wir haben zum Beispiel Stroh als nachwachsenden Rohstoffen in großer Verfügbarkeit getestet. Es gibt Verfahren, um Stroh einzusetzen. Natürlich denken wir und viele andere über CO₂-Fixierung nach. Das würde zwei Probleme mit einer Klappe schlagen. Hier gibt es sehr interessante Überlegungen, würde ich einmal sagen, und gute Laborergebnisse. Aber auch das ist noch nicht so weit, um es großtechnisch einzusetzen.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Dann kommt der ganze andere Bereich, nämlich die Frage Produktionsverfahren und nicht die der Rohstoffe. Hier kann ich sagen, dass die BASF schon sehr lange Mikroorganismen einsetzt, um biotechnologisch zu produzieren. Wo immer es geht, tun wir das auch. Zum Beispiel sind viele Vitamine, die wir herstellen, biotechnologisch hergestellt. Wir haben ein Produkt, was wir wiederum in der Erdölindustrie einsetzen, das durch einen Pilz produziert wird. Schizophyllan ist ein Produkt, das durch einen Pilz hergestellt wird. Das nutzen wir immer da, wo es geht. Wenn es in diesem Dreiklang sinnvoll ist, tun wir das.

Aber die große Hoffnung – das kann ich jetzt noch einmal wiederholen – auf einen kompletten Ersatz der Erdölchemie fehlt mir.

Ich komme zu der Frage von Herrn Wink, die Aktienkurse betreffend. Der Aktienkurs ist seit dem Unglückstag gestiegen. Ich weiß nicht, wie er sich jetzt in den letzten Stunden entwickelt hat, aber er ist deutlich gestiegen, ist weiter hoch. Herr Braun zeigt mir gerade, über 80. Das freut uns natürlich sehr.

Die Begründung dafür ist in diesem Fall, finde ich, von den Investoren gegeben worden. Man traut der BASF zu, ein Unglück dieses Ausmaßes händeln und die wirtschaftlichen Auswirkungen begrenzen zu können. Das Management wird uns zugetraut. Ich glaube, das hat den Aktienkurs zum Steigen gebracht. Das ist meine Vermutung.

Ich komme zu der Frage nach Greenpeace und nach Ergebnissen. Sie hatten aber noch mal nachgefragt, was an Ergebnissen durch NGOs entstanden ist. Ich übergebe noch einmal an Frau von dem Bussche.

Frau Dr. von dem Bussche: Greenpeace hatte relativ schnell publiziert, dass sie selbst Wasserproben genommen haben und haben angekündigt, bei Vorliegen der Ergebnisse diese zu publizieren. Das, was ich der Presse entnommen habe, sagt, ihre Ergebnisse haben genauso wie unsere Ergebnisse bestätigt, dass in dem Wasser des Rheins keine auffälligen Werte identifiziert wurden. Ich glaube, diese Pressemitteilung ist gestern publiziert worden.

Herr Dr. Liebelt: Herr Guth hatte noch eine Frage zur Untersuchung landwirtschaftlicher Produkte gestellt. Hier würde ich an Herrn Böhme übergeben.

Herr Dr. Böhme: Ich möchte gerne noch bestätigen, dass wir in enger Abstimmung mit dem Bereich Umwelt der Stadtverwaltung und der SGD im nördlichen Bereich des Ereignisortes Bodenproben außerhalb des BASF-Werksgebietes genommen und untersucht haben. Das ist erfolgt durch einen BASF-Sachverständigen für Bodenschutz. Diese Analyse der Bodenproben hat keine Auffälligkeiten ergeben. Wir haben das von unseren Spezialisten toxikologisch bewerten lassen. Wir haben die Ergebnisse mit der Stadtverwaltung diskutiert. Wir konnten keine negativen Auswirkungen des Brandereignisses auf die Bodenqualität feststellen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank. Wir kommen in die nächste Runde mit Herrn Steinbach, Herrn Weiner und Frau Becker.

Herr Abg. Steinbach: Meine Frage ist schon ausreichend beantwortet worden. Ich ziehe sie deswegen zurück. Es ging um den Löschwasserbereich.

Herr Abg. Weiner: Erste Indizien deuten darauf hin – so jedenfalls gestern die Veröffentlichung, die auch über die Medien ging –, dass dort eine Einwirkung an der falschen Leitung über einen Trendschleifer erfolgt ist. Es gibt diese Indizien, dass es sich nicht um eine chemische Reaktion, sondern um eine mechanische Einwirkung an der falschen Leitung gehandelt hat. Auch wenn man solche Unglücke nie ganz ausschließen kann, müssen sich Legislative und Exekutive damit befassen, ob man das Risiko, dass eine Verwechslung stattfinden kann, reduzieren kann. Deshalb kommen jetzt meine Fragen.

Wenn in einem Graben, der breiter ist wie dieser Raum, 38 Leitungen nebeneinanderliegen und an einer dieser Leitungen gearbeitet wird, dann ist zu fragen, wie wird allein durch farbliche Markierungen usw.

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

ausgeschlossen, dass es zu solchen Verwechslungen kommen kann. Sind die Leitungen mit Explosivstoffen oder mit feuergefährlichen Stoffen anders markiert wie die Leitungen mit ungefährlichen Stoffen? Werden Leitungsstücke, die ausgewechselt werden, mit einer extra farbigen Markierung oder einer Extrakennzeichnung versehen, dass es solche Verwechslungen nicht geben kann? Gibt es hierzu schon entsprechende Vorschriften oder ist das noch eine Grauzone?

Frau Abg. Becker: Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. Auch ich kann meine Frage zurückziehen. Sie war an Herrn Minister Lewentz gerichtet. Mich hat die Frage der Information und Warnung der Bevölkerung, insbesondere das System KATWARN interessiert, aber das ist von Herrn Minister Lewentz sowie von Herrn Haselhorst ausführlich beantwortet.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Wir versuchen, die letzten Fragen der Kollegen mit hinzunehmen. Frau Kollegin Schneider, Sie haben das Wort.

Frau Abg. Schneider: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich mache es ganz kurz.

Frau Ministerin, erlauben Sie noch einmal die Nachfrage zu meiner zuletzt gestellten Frage, weil wir sitzen heute zusammen, um Antwort zu bekommen, um mit den Ängsten in der Bevölkerung umgehen zu können. Ich habe Sie konkret auch in Richtung SGD Süd gefragt und Sie haben das Inspektionsprogramm der SGD aufgezählt. Sie haben die verschiedenen Überprüfungen und die Störfallverordnung genannt. Mir ist klar, dass im Moment keine abschließende Bewertung seitens des Ministeriums und der SGD vorgenommen werden kann. Aber ich bin mir sicher, dass in Ihrem Haus und auch in der SGD eine aktuelle Bewertung aufgrund der Ereignisse stattgefunden hat. Ich stelle noch einmal die Frage, ob nach den aktuellen Bewertungen in Ihrem Haus und in der SGD das Inspektionsprogramm und die Störfallverordnung ausreichend sind.

Herr Abg. Baldauf: Die Aufklärung ist die eine Seite, Vorsorge immer die andere.

Herr Staatsminister, dass mit KARTWAN hat leider nicht ganz so funktioniert, wie es soll, in Ludwigshafen ja, aber 500 m nebendran ist Frankenthal, da war beispielsweise nichts.

Ich glaube, das ist auch an die Adresse der Firma gerichtet wichtig wäre.

Herr Kollege Guth, diese Wolke konnte jeder sehen. Ich bin auf der A 61 gefahren. Was passiert dann? Jeder nimmt sein Handy und filmt, dann hat man es auf Facebook, Twitter oder wo auch immer. Alle möglichen Spekulationen schießen ins Kraut. Ich glaube, es reicht nicht, wenn man es nur auf der Homepage macht – bitte nicht missverstehen –, ich habe auch immer gedacht, es reicht, aber man lernt dazu.

Herr Minister, wäre es nicht angebracht, dass man das ein bisschen für Regionen koordiniert? Das gilt auch für eine Störfallbroschüre, die jetzt in Ludwigshafen und Mannheim verteilt wird. Wieso nicht in Limburgerhof oder in Frankenthal, Worms oder Umgebung, also auch da, wohin die Wolken ziehen? Wäre das nicht ein Ansatz zu sagen, man müsste das regional aufgreifen? Wären Sie dazu bereit – jemand muss es koordinieren –, weil es in Zukunft so ist, dass zwar 30.000 Menschen in Ludwigshafen KATWARN abrufen, aber null in Frankenthal, weil da nichts ist, obwohl es genau nebendran ist. Das Bedürfnis der Sicherheit muss insgesamt gesehen werden. Ich recurriere nicht auf Frankenthal oder Worms, sondern auch auf alles andere. Das muss klar sein. Jeder sieht die Bilder im Internet und sagt, da ist ein großes Feuer. Sie haben Recht, wenn nachts der Steamcracker angeht, denken auch alle, die Vorderpfalz brennt. Das ist so. Das wird aufgeblasen. Da müsste man etwas mehr puschen, um es so zu sagen.

Herr Abg. Dr. Bollinger: Danke, Herr Vorsitzender. Ich denke, meine Frage richtet sich in erster Linie an die Vertreter der BASF, wobei auch die Vertreter der Landesregierung gerne Stellung nehmen können, wenn sie dazu etwas beizutragen hätten. Ich würde gerne wissen, welche Unterstützung über die Leistungen der Unfallversicherung und der Berufsgenossenschaften hinaus vorgesehen sind, finanzieller und sonstige Art für die Familien, die Hinterbliebenen der verstorbenen Unfallopfer sowie für die

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Verletzten und ihre Familien und Angehörigen, insbesondere wenn bleibende Schäden zurückgeblieben sein sollten.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank. Wir steigen wieder mit der Landesregierung ein, zuerst Herr Minister Lewentz, dann Frau Höfken und anschließend die BASF.

Herr Staatsminister Lewentz: Herr Vorsitzender, Herr Baldauf, ich habe gesagt, dass wir in Ludwigshafen, im Kreis Bergstraße und der Stadt Mannheim – das sind die mir mitgeteilten Bereiche – KATWARN-Meldungen in der von mir genannten Anzahl herausgegeben haben. Der zuständige Abteilungsleiter, Herr Schaefer, hat mir eben gesagt, dass man bei KATWARN in Gesprächen und in der Auswertung ist, um diese Dinge zu beurteilen. Wer KATWARN einspeist, habe ich eben genannt. Aber man darf das nicht dem Zufall überlassen, ob das die Nachbarschaft mitbekommt, sondern wir müssen schauen, bekommen wir einen Weg hin, der sozusagen eine überregionale Beteiligung gewährleistet. Aber das wird im Zuge dieses Ereignisses in der Auswertung bewertet und mit Vorschlägen versehen werden.

Frau Staatsministerin Höfken: Ich glaube, ich habe schon deutlich gesagt, wenn sich nach den Untersuchungen ergibt, dass etwas zu ändern ist, dann werden wir das natürlich ändern und Lösungen finden.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, wir haben jetzt Vermutungen, wie es abgelaufen sein könnte, wie es Herr Dr. Liebelt geschildert hat. Ein solcher Unfall ist durch Inspektionen nicht zu vermeiden. Das muss man vielleicht sagen.

(Frau Abg. Schneider: Das wollte ich hören!)

Wir müssen wirklich abwarten, wie die Ergebnisse sind. Wenn sich tatsächlich herausstellt, dass etwas zu ändern ist, dann werden wir das sicher tun.

Ich kann sehr positiv sagen, dass die BASF selbst ein Interesse äußert, die Gutachten in Gang zu bringen und die Untersuchungen zu machen. Ich glaube, wir können uns für die anstehenden Bewertungen darauf verlassen, vernünftige Ergebnisse zu erhalten. Darauf basierend werden wir agieren.

Ich kann auch an Herrn Professor Seimetz bezüglich weiterer konkreter Dinge weitergeben.

Herr Prof. Dr. Seimetz: Ich darf das, was Frau Höfken gerade sagte, insofern ergänzen, als wir seit vielen Jahren nicht nur mit der BASF, sondern auch mit anderen Großunternehmen sehr erfolgreich eine Kombination von Eigenvorsorge und Eigenüberwachung sowie staatlicher Kontrolle praktizieren. Herr Liebelt hat an einigen Beispielen schon deutlich gemacht, wo diese Maßnahmen der Eigenvorsorge festgemacht werden können.

Frau Schneider, wir haben uns natürlich nach diesem Unglück sofort kundig gemacht, welches Inspektionsintervall für den Nordhafen heranzuziehen ist. Der Nordhafen liegt nach unserer Risikoeinschätzung in der Kategorie II, das heißt Inspektionsintervalle zwischen drei und fünf Jahren. Es ist heute schon gesagt worden, die letzte turnusmäßige Inspektion war im Jahr 2012, und die nächste hätte im Jahr 2017 angestanden. Wir hatten aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre keinen Anlass, an diesem Inspektionsintervall für den Nordhafen und für vergleichbare Anlagen zu zweifeln.

Natürlich werden wir – das ist völlig klar –, wenn die Unfallursache endgültig feststeht, auch daran gehen, im Rahmen einer anlassbezogenen Inspektion zu schauen, ob wir dieses Intervall gegebenenfalls überprüfen müssen. Dazu können wir erst etwas Genaueres sagen, wenn wir die Unfallursache kennen.

Herr Dr. Liebelt: Ich will zunächst auf die Frage von Herrn Weiner nach der Grauzone eingehen. Nein, natürlich ist diese Rohrtrasse keine Grauzone. Die Leitungen sind in regelmäßigen Abständen bezeich-

8. Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2016
3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung am 27.10.2016
9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 27.10.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

net, und zwar jede einzelne Leitung. Wenn an den Leitungen gearbeitet wird, dann werden extra Markierungen angebracht. Das heißt, es wird entweder exakt die Stelle bezeichnet, an der geschnitten werden soll, oder die Stelle, neben der geschnitten werden soll. Das wird dann abgesprochen. Es wird also exakt bezeichnet, farbig gekennzeichnet, wo Arbeiten durchgeführt werden sollen. Von einer Grauzone würde ich hier also nicht sprechen wollen.

Dann kam die Frage nach der Unterstützung für die Betroffenen. Da würde ich an Herrn Haselhorst übergeben.

Herr Haselhorst: Recht herzlichen Dank, dass ich dazu etwas sagen kann. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass man auch einmal die sozialen Hintergründe eines solchen Unfalls in den Mittelpunkt stellt. Die BASF hat grundsätzlich für alle ihre Mitarbeiter und insbesondere natürlich in verstärktem Maße für Feuerwehrleute eine zusätzliche Unfallabsicherung.

Wir haben mit der von uns beauftragten Versicherung gesprochen. Diese greift hier. Wir sind also aus unserer Sicht sicher, dass wir sowohl die Hinterbliebenen als auch die Angehörigen der Verletzten und Schwerverletzten ausreichend absichern können.

Darüber hinaus haben wir bei der BASF insbesondere auch für die Feuerwehrleute eine klare Vorgehensweise, wie sie als Beschäftigte, wenn sie nicht mehr atemschutz- oder feuerwehrtauglich sind, in der BASF Verwendung finden. Das Fürsorgeprinzip steht bei uns, auch bei der Leitung der Feuerwehr, an erster Stelle.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der Sitzung. Ich möchte mich ausdrücklich bei Ihnen allen herzlich bedanken, auch dafür, wie die Sitzung abgelaufen ist. Insbesondere will ich aber meinen Dank an die BASF richten, die uns ruhig, sachlich und sehr informativ die Situation und das, was sie tut, dargelegt hat. Ich denke, für die Öffentlichkeit ist es ein wichtiger Punkt, dass wir eine große Transparenz haben. Herzlichen Dank und insgesamt alles Gute.

Der Antrag – Vorlage 17/463 – hat seine Erledigung gefunden.

gez. Britzke
Protokollführerin

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Alt, Dr. Denis	SPD
Fuhr, Alexander	SPD
Guth, Jens	SPD
Hüttner, Michael	SPD
Kazungu-Haß, Giorgina	SPD
Noss, Hans Jürgen	SPD
Oster, Benedikt	SPD
Sahler-Fesel, Ingeborg	SPD
Schäffner, Daniel	SPD
Scharfenberger, Heike	SPD
Schwarz, Wolfgang	SPD
Simon Anke	SPD
Sippel, Heiko	SPD
Steinbach, Nico	SPD
Wehner, Thorsten	SPD
Baldauf, Christian	CDU
Billen, Michael	CDU
Bracht, Hans-Josef	CDU
Brandl, Martin	CDU
Demuth, Ellen	CDU
Dötsch, Josef	CDU
Klößner, Julia	CDU
Lammert, Matthias	CDU
Schneid, Marion	CDU
Schneider, Christine	CDU
Seekatz, Ralf	CDU
Weiner, Thomas	CDU
Wieland, Gabriele	CDU
Ahnemüller, Jens	AfD
Bollinger, Dr. Jan	AfD
Joa, Matthias	AfD
Junge, Uwe	AfD
Klein, Jürgen	AfD
Becker, Monika	FDP
Roth, Thomas	FDP
Weber, Marco	FDP
Wink, Steven	FDP
Blatzheim-Roegler, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Braun, Dr. Bernhard	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hartenfels, Andreas	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die Landesregierung:

Lewentz, Roger	Minister des Innern und für Sport
Höfken, Ulrike	Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten
Schmitt, Daniela	Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Seimetz, Prof. Dr. Hans-Jürgen	Präsident der SGD Süd

Vertreter der BASF als Gäste:

Liebelt, Dr. Uwe
von dem Bussche, Dr. Linda
Haselhorst, Rolf
Kayser, Dr. Martin
Böhme, Dr. Peter

Defossé, Marc
Loedden, Gert Dietrich

President European Site and Verbund Management
Leiterin Arbeitssicherheit und Umweltschutz Ludwigshafen
Leiter Werkfeuerwehr Ludwigshafen
Leiter Produktsicherheit global
Zuständigkeit Genehmigungsverfahren

Communications & Government Relations BASF Group
Communications Functions & Site Relation

Landtagsverwaltung:

Follmann, Karin
Britzke, Brigitte
Röhrig, Helmut
Belz, Angela
Patzwaldt, Damaris

Reg. Direktorin
Min. Rätin (Protokollführerin)
Reg. Dir. im Sten. Dienst des Landtags (Protokollführer)
Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)
Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)